

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 9. September 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altenburg S.-A. Wahlkreis 300.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 5. Kreis 150.— (darunter R. A. 50.—, Vierprozent von Pook u. Schacht 14,90, d. Renfer 1,75), 6. Kreis 8200.— (darunter Automatenfabrik Hartwig u. Vogel in zwei Raten 23.—, Arbeiter-Radsfahrer der Provinz Brandenburg 50.—, Arbeiter-Radsfahrerverein „Vortwärts“ 3.—, G. J. Moabit, Juni-Juli 6.—, Akt lachende Erben und ein Enterbter aus Sibirien 16,50, Vierprozent der Zimmerer, Van Schmidt, Venselstr. 7.—, A. B. Rister 2.—, Schiedsgericht 20.—) Berlin, diverse Beiträge: Von Verbandmitgliedern der „Volks-Zeitung“ 12.—, Von den Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei in zwei Raten 48.—, Anfallsache Schröder durch Köpfer 20.—, Nachfeier eines Junggefallenen der Firma Dette u. Co. durch R. St. 2.—, L. u. S. H. 10.—, Kontobuchhalter vom Wedding 5.—, Ueberführung einer Sammlung der Arbeiter v. Spinn und Sohn, Wasserhorst 5,85, Vom 557. Bezirk als Ueberführung einer Kranzpende für den verstorbenen Gen. J. Schlippl 7,20, W. R. Quitzowstr. 69, 10.—, Kranzüberführung der Werkstatt von Dunsch 1,80, Dr. L. A. 50.—, Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Buchbinderei von W. Wading 10.—, Seyer bei Weber durch D. P. 10.—, Mitglied der II. Dr. 5,90, A. F. Rudelholz 1,10, Vom aufgelösten Verein der Wilderrahmenmacher 22.—, Gründliche Werkstatt, 1. Kreis 10.—, Waldmensch durch Bayle 10.—, Ueberführung bei einer Landpartie der Einleger der Schönhauser Vorstadt 4.—, A. Du. Voedchstr. 5.—, Vom Begräbnis des alten Ritter, Nixdorf durch O. 3,40, Dehmel, Auseinanderlegung 80.—, Kranzüberführung von den Arbeitern der Firma Bernhard Joseph 23,10, P. 4. 13,40, Gesammelt am Begräbnistage von Th. Regner von Paul 4,55, Drei socialdemokratisch gestimmte Techniker 2.—, Pelierer von Aug 10.—, Gutenberg 24,15, G. Ring 9,60, P. S. 50.—, A. B. 50.—, Krieg, von den Parteigenossen durch O. P. 30.—, Vochum, Wahlkreis, durch den Kreisverein A. S. 405,60 (darunter von den Genossen der Orte Weimar 60.—, Vochum 50.—, Somborn 25.—, Langendree 25.—, Fiedel 20.—, Herne 20.—, Harpen 20.—, Hamme 20.—, Linden 15.—, Altenbodum 9,60, Varendorf 8.—, Bonumeru 8.—, Dahlhausen - Hörterholz 5.—, Waal 5.—, Unter-Dahlhausen 5.—, Querenburg 5.—, Ober-Dahlhausen 5.—, Jahresbeitrag des Kreises 100.—), Bruchsal 5.—, Wreslau, socialdemokratischer Verein 50.—, Charlottenburg, gef. von 4 Genossen des 8. Bezirkes Kremserparthe 3,65, Charlottenburg, Kranzüberführung von den Arbeitern der Firma Kahlstein, Automobil-Abt. durch B. 2,60, Dresden, Ueberf. der Kranzpende beim Begräbnis des Gen. W. Dresden, Wieselgen 6,80, Dresden, Geschenk vom Ritter Kuno an Emil A. 50.—, Dabringhausen, durch W. M. 3.—, Dortmund-Hörde, Wahlkreis, durch den Kreis-Vertrauensmann 200.—, Dresden, Merkur 5.—, Eisenach, durch R. 15.—, Eppendorf, gef. auf einer Geburtstagsfeier beim roten Michel 2,60, Falkenberg (Oberh.) 2.—, Forst i. L., von Parteigenossen 200.—, Gera, Wahlkreis Neuh. j. L. 100.—, Gotha, durch den Vertrauensmann 2 Raten 60.—, Göttrich b. Solingen, socialdemokr. Volksverein 30.—, Gutsdorf b. Striegau 3.—, Grünberg i. Schl., gesammelt bei einer Zusammenkunft v. Genossen der Kreise Grünberg und Schweißbühlhau in Tschierzig 5.—, Gelsenkirchen, von den Genossen 30.—, Gießen, E. R. 10.—, Greiz, Wahlkreis Neuh. a. L. 150.—, Hamburg, in der Expedition des „Echo“ eingegangen im Monat Juli 81.—, im Monat August 127,50, Summa 208,50, Hohenstein-Grünthal, vom Volksverein, II. und III. Quartal 10.—, Hamburg, ursprünglich vom Verbands der Zimmerleute, Zahlstelle H. für Belgien gesammelt 408,55, Hanau, Wahlkreis Hanau-Gelnhausen - Orb 100.—, Heßler, von Genossen 5.—, Hahnd bei Bremen, v. Genossen 10.—, Homburg, 2. Wahlkreis 2500.—, Halberstadt, Adh. durch L. i. M. 300.—, Hamburg, 3. Wahlkreis 300.—, Karlsruhe, Beitrag d. Parteigenossen 180.—, Kiel, von den Parteigenossen durch H. 150.—, Lichterfelde, Radsfahrerkreis „Concordia“, für d. nächsten Reichs- und Landtagswahlen 20.—, Langenfeld, vom Verein f. volkstüm. Wahlen 20.—, Ludwigshafen a. Rh., vom Verlag der „Pfälzer Post“ 500.—, M.-Glabbech, v. Wahlverein 12.—, München, vom socialdemokratischen Verein München, Gau Südbayern, 2. Quart. 1902 88,50, Marzahnstadt, von den Parteigenossen 50.—, München, Waldläufer 5.—, Nürnberg, Marcel 5.—, Reviog-Lönisheide, allgem. Arbeiterverein 15.—, Nürnberg-Altdorf, socialdemokr. Verein 20.—, Nordische Bäckerei 25 000.—, Niederzimmern, 19. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 50.—, Offenbach a. M., vom hessischen Landeskomitee 375,97, Olbernhau, gesammelt nach der Versammlung in Dittmannsdorf 3,80, Pforzheim, vom socialdem. Verein 9,70, Rabunsdorf, R. u. P. 6.—, Riegenhain, A. B. J. Juli u. August 6.—, Rhendi, Beitrag des Wahlvereins 5.—, Schweinfurt, von Parteigenossen 20.—, Seesen a. S., vom 3. Braunschweiger Wahlkreis 10.—, Straßburg i. El., Vater 5.—, Stuttgart, G. II. 10.—, Straßburg, aus der Schuttede des Arbeiterklubs 5.—, Solingen, durch den Kreisvertrauensmann vom Volksverein in Solingen 15.—, desgl. in Wald 10.—, Sa. 25.—, Stahmel-Leipzig, rote Rindtanke 3.—, Verden, 6. hannov. Kreis, 2. und 3. Quartal 60.—, Wandersb., socialdemokratischer Verein 400.—, Württemberg 100.—, Witten, gesammelt bei einem gemütlichen Ausflug durch den Vertr. 2. P. 2,60.

Berlin, den 8. September 1902.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Sturzende Throne.

Legende Scharfmacher beschuldigen gern die Socialdemokratie, daß sie gewaltthätig Throne stürzen will. So unsinnig diese Beschuldigung gegen die Socialdemokraten ist, die nicht, als umgekehrte Hyazinthen, in der monarchischen Staatsform den Ueberrest des Uebels erblicken und nicht vom monarchischen Zusammenbruch alles Heil erwarten — so giebt es allerdings eine Bevölkerungssicht, gegen die sich mit Zug die scharfmacherische Auflage richten könnte, und es giebt eine große politische Partei, welche die Vernichtungsfroh gegen die Throne Stürmenden nachhaltig zu unterstützen bereit ist.

Welches ist diese Bevölkerungssicht? Welches ist diese Partei? Es ist, wie leicht zu erraten, die Sicht der „notleidenden Landwirtschaft“, es ist die Partei der konservativen Agrarier!

Ueber die Lage im sächsischen Vogtland giebt das Organ des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen eine distere Schilderung, um alsdann diesen politischen Schluss zu ziehen:

„Das sind trostlose Verhältnisse. Gelingt es nicht, eine Wendung zum Besseren und eine allmähliche Gesundung unseres Bauernstandes herbeizuführen, dann ist sein Ende nicht allzu fern mehr. Wenn das aber einmal besiegelt ist, die zu Verzweiflung getriebene Landbevölkerung mit dem Proletariat der Städte sich vereinigt, dann werden die Throne zusammenkrachen, und es wird ein Chaos herrschen, bis aus Blut und Brand und grenelvoller Verwüstung sich langsam wieder geordnete Zustände herauszubilden können. Schon hört man aus Bauernmünd harte Anklagen gegen die Gleichgültigkeit der Regierenden, eine früher ungelante Erbitterung hat in diesem geduldbigen zähen Stande um sich gegriffen; möge man diese Zeichen der Zeit richtig deuten und nicht unterschätzen, der Fehler könnte sich eines Tages schrecklich rächen.“

Mit freudigem Griff übernimmt das Berliner Agrarierblatt dieses Bekenntnis zur Regierungsfreundschaft und zum Sturz der Throne. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt das „Stimmungs-Bild“ des „Vaterland“ ausdrücklich als „wahrheitsgemäße Schilderungen der Stimmung und ihrer unaussprechlichen Folgen“; die Worte des „Vaterland“ seien „ernst, tiefst, bitterst und mögen manchem nicht angenehm in die Ohren klingen; aber wahr sind sie, unzweifelhaft wahr, bitter wahr“. Und weiter bestätigt das Bündlerblatt die in seinen agrarischen Anhängerkreisen herrschenden Umsturzpläne, indem es sagt:

„Die Erbitterung in der landwirtschaftlichen Bevölkerung wächst und wird tiefer. Soll man sie ignorieren oder leichtfertig als gleichgültig behandeln? Das wäre das Thörichteste und Gefährlichste; dann würde sie weiter fressen und die bösesten Folgen zeitigen. Nur dann ist sie zu dämmen, wenn man ihre Quellen verstopft. Es ist eine schier unglückliche Thorheit, zu wähnen, sie sei künstlich gemacht. Wer die Stimmung kennt, der weiß, daß die Erbitterung dort am tiefsten ist, wo die agrarische Einwirkung am geringsten ist. Wir schüren sie nicht; wir haben genug und übergenug damit zu thun, sie zu beschwichtigen. Beschäftigt wird sie nur durch die, die sie hochmütig von oben herab abthun oder die Zustände, die dazu führten, weiter dauern lassen wollen. Und was werden die Folgen sein? Nun, das „Vaterland“ hat sie scharf und erschreckend gezeichnet. Man täusche sich nicht! Die Füße der Throne stehen nur fest, so lange sie in dem gewachsenen Boden des Bauerntums und des Mittelstandes wurzeln. Das ist keine rhetorische Phrase, wie man wohl gefogt hat, sondern eine geschichtlich bewiesene, unwiderlegliche Wahrheit.“

Die Socialdemokratie, die man verleumdet, daß sie arme Arbeiter, die Besserung ihrer Not erkämpfen wollen, künstlich reizt, hat keinen Anlaß, der Erklärung der „Deutschen Tageszeitung“ zu misstrauen, daß ihr agrarisches Gefolge auch ohne bündlerische Erklärung ernsthaft erdittelt und umsturzgeneigt ist. Es ist Thatsache: Während der Arbeiter, der ein Leben der Entbehrungen und Erniedrigungen lebt, der zu zehrender Krankheit und vorgezeitigem Tode verurteilt ist, in Demut und Hundstreu zu seinem Herrn aufwinkeln soll, wofür er nicht mit Ausnahmegesetzen und Gefängnis gestraft sein will, sind da die konservativen des „Vaterland“ und der „Deutschen Tageszeitung“, die offen bekennen, daß ihre Anhängerschaft — welche, mag sie noch so notleidend sein, sich in behaglicher Lage befindet gegenüber der Arbeiterschaft — in verzweifelter Erbitterung sich erhebt, und, sofern nicht schnell Besserung geschaffen wird, gemeint sei, einen Zustand herbeizuführen, in dem die Throne zusammenkrachen.

Wenn freilich die konservativen Feinde der Throne auf einen Verwüstungsbund ihrer Landbevölkerung mit dem sächsischen Proletariat hinweisen, der das Land in ein Chaos von Blut und Brand stürzen werde, so sollen sich die konservativen gefogt sein lassen, daß die socialdemokratische Bestimmung des sächsischen Proletariats dieses frevelhafte Bündnis verwirft. Das socialdemokratische Proletariat will nicht ein Chaos grenelvoller Verwüstung, wie es die konservativen wollen, sondern eine höhere und wahre Ordnung des Gesellschaftslebens. Es ist eine schände Beleidigung, dem Proletariat ein Bündnis mit konservativen Norddremern anzutragen.

Doch das konservative „Stimmungs-Bild“ wird erst vollständig, wenn der Grund, um welchen die konservativ-agrarische Heugabel-Revolution anheben soll, in Erinnerung gezogen wird. 50 Pfennig Brotvermehrung — das ist das Feldgeschrei des konservativen Umsturzes! Man gebe ihnen 50 Pfennig Brotzoll mehr als die Regierung geben will und sie wollen vor den Thoren Wacht halten, Königstreu bis auf die Knochen. Man verweigere 50 Pf. Ueberzoll und die konservativen stürzen das Land ins Chaos und zertrümmern die Throne! —

Der britische Gewerkschaftskongress.

LONDON, 8. September.

Eine lehrreiche Kongresswoche liegt hinter uns. Sie war lehrreich, da sie wohl geeignet erscheint, die noch herrschenden schiefen Ansichten über die Wünsche und Bestrebungen der Trades-Unionen zu zerbrechen. Die Verhandlungen standen vollständig unter dem Eindrucke des Taff-Bale-Entschides. Alle Delegierten ohne Ausnahme erblickten in diesem epochemachenden Urteile eine ernste Gefahr für das Vereinigungsrecht der Arbeiter. Nicht ein einziger Trade-Unionist erhob sich, um das geschilderte Uebel abzuschwächen. Der Kongress hat

ferner in unzweifelhafter Weise der Legende der neuseeländischen Schiedsämter ein Ende gemacht. Er sprach mit aller Entschiedenheit den Gedanken aus, daß nur ein neues Gewerkschaftsgesetz die gewerkschaftliche Aktionsfreiheit wieder herstellen könne, und daß ein solches Gesetz nur durch die politische Aktion der Arbeiter zu erreichen sei.

Ueber diese Punkte war nicht der geringste Meinungsunterschied bemerkbar.

Dagegen beginnt die Schwierigkeit über die Form der politischen Aktion. Soll sie unabhängig sein oder nicht? Dies ist die Frage der nächsten Jahre. Denn der 35. Trades-Unionkongress hat sie nicht beantwortet. Aus der Thatsache, daß der Kongress eine socialistische Resolution einstimmig annahm, darf man keine Schlüsse ziehen. Es wäre besser gewesen, wenn diese Resolution weniger Einstimmigkeit und mehr Diskussion hervorgerufen hätte. Es ist bis zur Evidenz klar geworden, daß es absolut keinen Zweck hat, derartige Resolutionen vorzuschlagen. Wir sind noch nicht so weit. Die Einstimmigkeit bedeutet hier Gleichgültigkeit.

Der Geist der englischen Arbeiter ist nur für die Frage der unabhängigen politischen Aktion reif. Das ist die äußerste Grenze, an die er durch den Taff-Bale-Entscheid, durch eine unangenehme, greifbare Erfahrung gebracht wurde. Hier gilt es einzufehen. Um diesen Punkt hat sich die socialistische Taktik zu bewegen. Alle Agitation, die darüber hinausgeht, ist Energieverschwendung.

Weiter. Der Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Interesses wird jetzt nicht mehr in den Trades-Unionkongressen, sondern in den Konferenzen des Komitees für parlamentarische Arbeitervertretung zu suchen sein. Die Bewegungen dieses Komitees sind nunmehr genau zu beobachten. Wie ich aus zuverlässigster Quelle weiß, ist in diesem Komitee noch nichts entschieden. Die Ereignisse und Agitationen der nächsten Jahre können zu einer Loslösung der Arbeiter von den bürgerlichen Parteien führen.

Das ist, in kurzen Worten, das Resümee der Verhandlungen des Kongresses und der Bestrebungen der britischen Arbeiterklasse.

Gehen wir zum Bericht über die Kundgebungen des Kongresses über, die den noch herrschenden unklaren Geisteszustand des britischen Proletariats in deutlicher Weise hervorhoben lassen.

Die Demonstration.

Trotz des strömenden Regens war die Demonstration am Sonntag sehr erfolgreich. Die „Times“ geben zu, daß die Beteiligung eine imponierende war. Sie berichteten von „imposing dimensions“. Von den im Hyde Park gehaltenen Reden sind besonders die von den Arbeiter-Abgeordneten D. J. Schalkleton, J. Keir Hardie und John Burns zu erwähnen. Die beiden letzteren ließen in „aufreizender“ Sprache nichts zu wünschen übrig. Hardie war weniger rhetorisch als wuchtig. Schalkleton sagte: „... Infolge der Lordentscheide ist die Lage der Gewerkschaften eine kritische geworden. Der Taff-Bale-Entscheid, der dies bewirkte, hat aber den politischen Fortschritt der Arbeiter in unvergleichlicher Weise gefördert. Ist den Arbeitern noch etwas von ihrer Energie geblieben, so müssen sie sich mit aller Entschiedenheit dem Gedanken der parlamentarischen Vertretung zuwenden. In der Arbeiterpolitik liegt unsere Hilfe.“ Hardie erklärte: „... Wir haben uns heute in Massen versammelt, um Einspruch zu erheben gegen ein ungerechtes Urteil ungerechter Richter. Die Lords haben uns um 100 Jahre zurückgeworfen.“ Er plädierte für unabhängige politische Aktion. John Burns nannte die „Times“ ein großes, aber brutales Organ. „Der Kampf gegen den Trades-Unionismus ist ein Kampf gegen die edelste Kulturarbeit. Der Trades-Unionismus ist eine Revolution durch eine Reihe von Reformen; unterdrückt man ihn, so wird es zu Reformen nur durch eine Revolution kommen.“ Die von den Demonstranten angenommene Resolution sprach sich gegen den Taff-Bale-Entscheid aus; sie verlangt ein neues Gesetz, das aber nur dann angenommen werden kann, wenn die Arbeiter eigne Vertreter ins Parlament schicken. Die übrigen Redner, die diese Resolution unterstützten, sprachen alle ebenso frei wie Hardie und Burns. Die socialistische Kritik, die das ganze Jahr hindurch an dem Lordentscheide geübt worden war, kam letzten Sonntag bei den vielen Tausenden von Gewerkschaftlern zum Vorschein.

Die Begrüßungsvreden.

Montagsvormittag wurde der Kongress in der Stadthalle von Holborn eröffnet. Mr. Steadman übernahm den Vorsitz, begrüßte die Delegierten und erteilte dem Präsidenten des Londoner Gewerkschaftsrats das Wort. Dieser bewillkommnete die Vertreter der britischen Arbeiterklasse in herzlichen Worten und wies auf die Bedeutung der organisierten Arbeit sowie auf die moderne munizipale Thätigkeit hin und sagte hinzu: „Die Arbeiter haben vollkommen recht, wenn sie den höchsten Preis für ihre Arbeit verlangen, aber für einen anständigen Lohn muß auch anständige Arbeit geleistet werden.“ Hierauf sprachen Mr. Gregory, Vorsitzender des Gewerkschaftsrats, und Gen. James Macdonald, Vizepräsident, sehr maßvoll und drückte die Hoffnung aus, dieser Kongress möge eine neue Ära in der englischen Arbeitergeschichte eröffnen. Der nächste Redner war John Burns. Er sagte: „Ebenso wie die Arbeiter in der Fabrik vereinigt sind und zusammen an ihrem Werke schaffen, so müssen sie auch in der Gemeinde und im State zusammenhalten. Die Zeit ist kritisch. Die Industrie ist im Niedergange begriffen, die Löhne fallen, die Presse ist uns feindlich gesinnt, das Parlament steht uns unsympathisch gegenüber und mit schweren Schlägen fallen über uns die Blätter des Gesetzes her. Die Aufgabe des Kongresses muß deshalb sein, die Bogen der Reaktion zurückzudrängen. ... Ich bin dessen gewiß, daß die Trades-Unionen es nicht gestatten werden, die britische Arbeit unter das Joch sturpelloser Monopole zu bringen. Was die Kosten auch sein mögen, die Angriffe der Plutokratie müssen zurückgewiesen werden.“ In dieser wuchtigen Weise sprach Burns.

der von den 500 Gewerkschaftsdelegierten mit stürmischem Beifall begrüßt und angehört wurde. Die Delegierten verlangten sodann, daß Herr Gardie sprechen möchte. Das Parlamentarische Komitee hatte indes nur Londoner Gäste eingeladen, Gardie aber ist Vertreter eines walisischen Wahlkreises und durfte deshalb nicht reden. Es sprachen noch der Abgeordnete W. A. Cremer (ein altes Mitglied der Internationale) und Gowerman, der Sekretär der Buchdrucker, dem die Rolle zu gefallen war, den Rednern zu danken. Er bezeichnete Burns Rede als eine der größten, die er je gehört. In der That, die radikale Ansprache von Burns verfehlte den Kongress in eine radikale Stimmung. Dieser Umstand hat sicherlich zur Annahme von radikalen Resolutionen beigetragen.

Der Jahresbericht.

Das Parlamentarische Komitee (P. K.) gab sodann den Jahresbericht aus, worin u. a. gesagt wird: „... Das abgelaufene Jahr war in vieler Beziehung bemerkenswert. Es war das Jahr der Krönung eines neuen Monarchen, unter dessen Regierung alle rechtschaffenen Bürger hoffentlich mehr Frieden und Freiheit genießen werden als in früheren Perioden der englischen Geschichte. Das Jahr 1902 sah nach das Ende eines der merkwürdigsten Kriege der neuesten Zeit... Der Taff-Bale-Entscheid rief eine große Aufregung unter den Gewerkschaften hervor und das P. K. war ununterbrochen mit dieser Frage beschäftigt.“ Dann folgt eine Aufzählung der Schritte, die in dieser Richtung getan wurden, sowie der verschiedenen Konferenzen über Konzessionen, Schulvorlage, schließlich der verschiedenen Deputationen bei den Ministern im Interesse der Arbeiter, Unterstützung von Streiks etc. Der Bericht bemerkt noch: „Das Urteil Biggams scheint darauf hinzuweisen, daß die Zeit der ungünstigen Entscheidung vorüber sei. Das Urteil ist sehr wertvoll, aber es hat auch seine Gefahren.“

Zu bemerken ist hier, daß keiner der Delegierten die Ansicht des P. K. über Biggams Entscheidung teilt. Es herrscht vielmehr die Meinung vor, daß dieses Urteil die Rechtslage der Gewerkschaften nicht geändert hat, und daß daraus irgend welche Schlüsse nicht zu ziehen sind.

Nicht so rosig wie der Bericht des P. K. war die Einleitungsrede des Vorsitzenden Mr. Steadman. Sie war eine sehr bereite Schilderung der reaktionären Strömung in der inneren und äußeren Politik Englands und forderte die Arbeiter auf, mit aller Entschiedenheit für eine starke politische Vertretung zu sorgen. „Wenden Sie weder nach rechts, noch nach links; die Arbeiterinteressen sollen Ihre Leitsterne sein.“

Die Diskussion über den Bericht.

J. O'Grady beantragt, den Passus über die Krönung aus dem Bericht zu streichen. Gilbert (Maurer) unterstützt den Antrag und sagt: „Ein Arbeiterparlament hat nichts mit der Monarchie zu thun; Königtum und Proletariat haben kein Interesse für einander.“ Der Antrag wurde mit 162 gegen 69 Stimmen verworfen.

J. Ward (Straßenpflasterer) beantragt, den Passus über den Krieg folgendermaßen zu fassen: „... das Ende eines der merkwürdigsten und ungerechtesten Kriege der neuesten Zeit.“ Nach einer heftigen Debatte wurde der Antrag mit 591 000 gegen 814 000 Stimmen angenommen.

Drew (Textilarbeiter) beantragt, dem Passus über die Schulvorlage hinzuzufügen: „Es ist die Pflicht jedes Arbeiters, denjenigen Abgeordneten und Kandidaten eine Niederlage zu bereiten, die für die Schulvorlage eintreten oder eintreten wollen.“ Der Antrag wurde ohne Abstimmung angenommen.

Parlamentarische Arbeitervertretung.

In dieser Frage wurde beschlossen: „Es ist nötig, daß die Bestrebungen für die politische Aktion von einer Centrale aus reguliert würden. Das Komitee für parlamentarische Arbeitervertretung wird deshalb beauftragt, eine Konferenz derjenigen Körperschaften einzuberufen, die für die politische Aktion eintreten, um eine gemeinsame Grundlage zu schaffen für die politische Tätigkeit der Arbeiter.“

Dies ist die wichtigste positive Resolution. Sie kann, wenn richtig durchgeführt, die schärfste Waffe im Befreiungskampf des britischen Proletariats werden. Die Intriguen der liberalen Partei werden gegen diese Resolution gerichtet sein. Wie die Leser des „Vorwärts“ wissen, werden diese Intriguen bereits gesponnen.

Versöhnungs- und Schiedsämter.

Ueber diesen Punkt lagen dem Kongresse drei Entwürfe vor; die umfassendste wurde von den Doodern gestellt: „In Erwägung, daß die Treue und die Konzentration des Kapitals eine ernste Gefahr für die ganze Gesellschaft in sich schließen, verlangt der Kongress, daß die industriellen Konflikte durch Versöhnungs- und Schiedsämter geschlichtet werden. Diese Ämter sind nach neuseeländischem Muster einzurichten.“ Die Debatte war eine ungemein hitzige. Es war klar, daß die Delegierten sich mit diesem Entwürfe lange beschäftigen hätten. Der Taff-Bale-Entscheid zeigte die Gefahr der Streiks; man suchte deshalb nach einem andern Mittel, die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit abzutragen. Vierzehn Delegierte beteiligten sich an der Debatte und noch mehrere erhoben sich und baten ums Wort. Ein Schlusstantag machte jedoch der Debatte ein Ende. Für den Antrag trat mit vieler Begeisterung der Sekretär der Dooder ein. Ben Tillett war vor mehreren Jahren in Neuseeland und brachte den Plan der Schiedsämter nach England. Seine Rede war eine Ausarbeitung des Antrags. Gegen den Antrag sprachen u. a. W. Thorne, W. Cummings (Kesselschmiede) und E. Cowey (Bergarbeiter). Cummings sagte: „Ich war im Briefwechsel mit Kesselschmieden in Neuseeland und sie erklärten mir mit aller Entschiedenheit, daß das Schiedsamt-Gesetz nicht zum Nutzen der Arbeiter ausfalle. Die entscheidenden Richter sind voll von Klassenvorurteilen und glauben, daß die Verhältnisse der Arbeiter viel zu gut wären.“ Cowey erklärte: „Nach den Erfahrungen, die die Gewerkschaften in den letzten 18 Monaten mit Gerichtshöfen machten, können wir den Antrag nicht annehmen. Die Gerichtshöfe sind gegen die Arbeiter eingenommen. Das obligate Schiedsamt bedeutet den Tod der Gewerkschaften. Ich bitte Sie, den Antrag zu verwerfen.“ Die Abstimmung erfolgte unter großer Spannung. Der Antrag wurde mit 981 000 gegen 303 000 Stimmen abgelehnt, worauf der Kongress in stürmischem Beifall ausbrach.

Das Gewerkschaftsrecht.

Der Abgeordnete R. Well begründete in scharfen Worten folgenden Antrag: „Der Kongress protestiert mit allem Nachdruck gegen die gewerkschaftsfeindlichen Urteile der Lords und der andern Gerichtshöfe, da sie gegen die klare Absicht der Gewerkschaftsgesetze aus den Jahren 1871 und 1875 verstoßen, den Arbeitern das Recht der Vereinigung tauben und ihre mit so vielen Opfern gesammelten Fonds in derselben Weise gefährden. Wir verlangen deshalb 1. ein neues Gesetz, das in nicht mißzuverstehender Weise dasjenige Recht sichert, welches uns im Jahre 1871 gewährt und uns durch den Taff-Bale-Entscheid geraubt wurde; 2. die Legalisierung des friedlichen Streikpostens; 3. die Rechtmäßigkeit des Streiks; 4. eine klare Definition des Begriffs der Verschwörung; 5. eine klare Kodifikation des Arbeiterrechts, damit wir wissen, was erlaubt und was verboten ist.“

Rechtsanwalt Browne, der Beistand des P. K., erklärte, es gebe kein andres Mittel als ein neues Gesetz. Er machte auch den

Arbeiterabgeordneten den schweren Vorwurf, daß sie am 14. Mai bei der parlamentarischen Debatte über den Taff-Bale-Entscheid nicht vollständig zur Abstimmung erschienen sind. Der Vorwurf wurde nicht widerlegt.

Wells Antrag wurde einstimmig angenommen.

Jugendliche Arbeit.

Ein Antrag, die Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren in Fabriken zu verbieten, wurde mit 685 000 gegen 614 000 Stimmen angenommen.

Socialistische Resolution.

Der Vertreter der Eigarbeiter begründete folgende Resolution: „Der Kongress erblickt in den Trusts eine ernste Gefahr für das Wohlergehen der Gesellschaft und erklärt, die einzige Lösung dieser Schwierigkeit sei zu finden, in der Rationalisierung der monopolisierten Industrien.“ Der Abgeordnete W. Abraham (walisische Bergarbeiter) sprach dagegen. Er ermahnte die Delegierten, praktisch zu sein und sich nicht in fromme Wünsche zu verlieren. Obwohl seine Mahnung einige Zustimmung gefunden hatte, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Wie wenig Wert diese Annahme hat, sollte sich unmittelbar darauf zeigen. Der Vorsitzende verlas nämlich eine telegraphische Einladung des Brüsseler Internationalen sozialistischen Bureaus, den Amsterdamer Internationalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Kongress im Jahre 1903 zu besuchen. Hätten die britischen Delegierten die soeben angenommene Resolution verstanden oder ernst genommen, sie hätten sicherlich dem Telegramm zustimmen müssen. Das war aber keineswegs der Fall. Die Einladung hat nicht den geringsten Widerhall gefunden.

Die Absurdität der Annahme von sozialistischen Resolutionen auf britischen Gewerkschaftskongressen ist noch nie so schlagend bewiesen worden.

Die meisten der in unsrer Korrespondenz vom 2. September angeführten Resolutionen wurden vom Kongresse gebilligt. Von wirklicher Bedeutung waren indes nur die Verhandlungen über die Resolutionen betreffs parlamentarischer Arbeitervertretung, obligater Schiedsämter und des Gewerkschaftsrechts. Ihr Motiv war der Taff-Bale-Entscheid. Diefem wird der politische Fortschritt zu verdanken sein, den das britische Proletariat in den nächsten Jahren vielleicht machen wird. Allerdings weiß das die Bourgeoisie ebenso gut wie wir. Allein es ist zweifelhaft, ob die wirtschaftliche Lage es ihr gestatten werde, von ihrem Wissen Gebrauch zu machen.

Wahl der Beamten.

Ins Parlamentarische Komitee wurden u. a. gewählt: Gowerman, Thorne, Cowey, Steadman, Well.

Um den Sekretärposten bewarben sich Ben Tillett und Sam Woods. Die Wahl ergab folgendes Resultat:

Woods 1 108 000 Stimmen
Tillett 280 000

Woods, der seit 1894 diesen Posten inne hatte, wurde also mit einer Mehrheit von 828 000 Stimmen wiedergewählt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. September.

Eine deutsche Seeheldenthat.

Der Angriff des haitianischen Rebellenführers Firmin auf die deutsche Fregatte Salko hat eine prompte Sänke gefunden. Schneidig, wie Deutschland nun einmal gegenüber — Haiti ist, hat es ohne lange Verhandlungen die ultima ratio seiner Kanonenschlände sprechen lassen. Die schwarze Großmacht Haiti hat es nun zum zweitenmal erfahren, daß Deutschland nicht mit sich ipahen läßt. Die glänzende Sänke hat Deutschland wurde durch das offiziöse Depeschenbureau der ehrfürchtig erschauernden Welt durch folgendes in ganz besonders großen und feilen Lettern gedrucktes Telegramm verläutet:

New York, 7. September. Ein hier aus Haiti eingegangenes Telegramm meldet, daß das haitianische Rebellen-Kanonensboot „Crête à Pierrot“ durch das deutsche Kriegsschiff „Panther“ an der Hafeneinfahrt von Gonaves in den Grund gebohrt worden ist. Die Besatzung hat sich gerettet.

So hätten wir denn endlich doch einmal eine Seeheldenthat gewonnen! Deutschlands Seegeltung wird im Kurs rapid emporschnellen. Freilich schrumpft der Sieg durch folgende nähere Darstellung des kriegerischen Vorganges nicht unerheblich zusammen:

Der Kommandant S. M. S. „Panther“, Korvetten-Kapitän Edemann hatte den Befehl erhalten, das seeräuberische Kanonensboot „Crête à Pierrot“ aufzubringen. Der „Panther“ begab sich zu diesem Zweck von Port au Prince nach Gonaves, wo er den „Crête à Pierrot“ vollkommen überraschte. Es wurde nimmere von dem deutschen Kommandanten folgendes Ultimatum gestellt: „Flage innerhalb einer Viertelstunde freier, Schiff räumen und keinerlei Gefechtsvorbereitungen treffen. Sonst erfolgt sofortiger Angriff.“ Der „Panther“ hatte schon vorher „klar zum Gefecht“ gemacht. Die Flage wurde daraufhin innerhalb der gegebenen Frist gestrichen und der „Pierrot“ von der Mannschaft verlassen. „Panther“ hatte die Absicht, den „Pierrot“ hieraufhin in Salepp zu nehmen. Bald jedoch erfolgte — offenbar durch „Pierrot“-Mannschaften, absichtlich hervorgerufen — die Explosion der hinteren Pulverkammer, welche das Achterschiff zerstörte und in Brand setzte. Hierdurch wurde das Anschleppmanöver durch „Panther“ unmöglich, da weitere Explosionen nicht ausgeschlossen waren. Da aber außerdem hierin ein feindlicher Akt erblickt werden mußte und die vorderen Geschütze noch gebrauchsfähig waren, so ließ der Kommandant S. M. S. „Panther“ auch die vordere Pulverkammer und den Kessel durch Granatfeuer zur Explosion bringen. Als dies geschah, brach „Pierrot“ auseinander und sank.

Der Sieg war also durch eine Ueberrumpfung äußerst wohlfeil errungen. Und eigentlich haben die Rebellen ihr Schiff selbst in den Grund gebohrt, wenn auch der Korvettenkapitän aus Besorgnis vor den „noch gebrauchsfähigen Kanonen“ des verlassenen (!) Schiffes die Leiden des „Crête à Pierrot“ vergrößerte. Ob nun damit dem „Völkerrecht“ Genüge getan ist oder ob der „Panther“ auch noch auf die beiden andern Kriegskanonen Firmins Jagd zu machen angezweifelt ist?

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ soll die amerikanische Bundesregierung die Beschlagnahme der Wasser an Bord der „Marcomannia“ nicht als Seeraub ansehen, wenn sie es auch nicht für nötig halte, gegen die abweichende Auffassung Deutschlands zu protestieren. Warum sollte Amerika auch Deutschland den kleinsten Ehrgeiz nicht gönnen, einen haitianischen Rebellenherrscher zu demütigen. Amerika weiß ja nur zu gut, daß Deutschland sich anständig hüten wird, die Ansprüche der Monroe-Doktrin auch nur im geringsten zu verletzen.

Amerikas Auffassung, daß im Falle der „Marcomannia“ kein Seeraub vorliege, ist immerhin interessant, da unsre deutsche Presse nicht laut genug über den „fremden Seeraub“ getobt konnte. Diese Enttäuschung über die haitianische Verletzung des Völkerrechts ist um so ekelhafter, als die Großmächte das Völkerrecht ja gewohnheitsmäßig mit Füßen zu treten pflegen: Amerika auf den

Philippinen, England in Südafrika und sämtliche Mächte in China. Der Seeraub des Rebellenführers unterscheidet sich nur dadurch von den Raubereien der Großmächte, daß Firmin nur einer jener kleinen Diebe ist, die man zu hängen pflegt.

Fleischnot.

Den Beweis dafür, daß nicht die Fleischer an der Verteuerung Schuld sind, giebt, wie die „Freie Stg.“ ausführt, die Statistik für die Fleischpreise, speziell die Schweinepreise im Großhandel. Nach dem Statistischen Jahrbuch des Reiches betragen die Großhandelspreise für Schweine Lebendgewicht mit 20 Proz. Tara in Berlin im Durchschnitt 1899: 94,8 M., 1900: 95,5 M., 1901: 112 M. Am 8. September d. J. wurden auf dem Viehmarkt die Schweine mit 124 bis 128 M. für den Doppelcentner bezahlt. Es liegt also gegenüber dem Durchschnittspreis von 1899 eine Preisvertenerung von über 30 Proz. vor.

Aus dem Erzgebirge wird uns geschrieben: die ärmste Bevölkerung Sachsens darf den Anspruch erheben, die höchsten Preissteigerungen für Fleisch und Fleischwaren in Sachsen erduldet zu haben. Die Handels- und Gewerbestammern Plauen, deren Gebiet das Erzgebirge und das Vogtland ist, hat Ermittlungen über die Fleischpreise im Kleinhandel in 29 Städten angestellt, deren Resultat ein geradezu erschreckendes ist. In fast allen Städten sind die Fleischpreise enorm gestiegen. Das Pfund Schweinefleisch stieg in Schneeberg von 67,5 auf 80 Pf., in Eibenstock von 70 auf 80 Pf., in Rühlstorf gar von 65 auf 80 Pf., in Werdau von 69,8 auf 73,1, in Jwidau von 67,5 auf 75, in Grimnitzschau von 70 auf 77,3, in Oelsdorf von 70 auf 80, in Kuerbach von 70 auf 80 Pf. und so weiter. Der Preis für ein Pfund geräucherter Speck stieg in Plauen von 80 auf 85, in Schneeberg von 75 auf 85, in Jwidau von 76,2 auf 80, in Reichenbach von 70 auf 85, in Aue von 90 auf 95 Pf., dergleichen in Gartenstein, in Parkneukirchen von 85 auf 95 Pf. usw. Wie eine arme Weberfamilie noch 95 Pf. für ein Pfund Speck aufbringen soll, ist unbegreiflich! Von den Tischen der russischen Instrumenten-Arbeiter und der Weber ist Fleisch und Speck nahezu verschwunden. Wie die Kammer ermittelt hat, sind auch die Preise für Rind-, Hammel- und Kalbfleisch ebenfalls gestiegen. Der Fleischverbrauch aber ist von 16 740 000 Kilogramm im Jahre 1900 auf 14 511 577 Kilogramm oder um 2 228 453 Kilogramm gesunken! Während noch 1900 auf den Kopf der Bevölkerung 23,68 Kilogramm Schweinefleisch entfielen, verringerte sich diese Menge 1901 auf 21,14, d. i. um 2,54 Kilogramm! Insgesamt weist der Verbrauch an Schweinefleisch eine Verminderung von 10,73 Proz. auf! Außer diesen erschreckenden Jiffen weist die Kammer schließlich noch nach, daß die Zahl der geschlachteten Hunde und Pferde verhältnismäßig stark gestiegen ist.

Dieselbe Kammer war es aber auch, die in ihrem letzten Jahresbericht offen konstatierte, daß die Löhne der Arbeiter infolge der Krise vielfach erheblich gesunken und die Unternehmergewinne um über 2 Millionen Mark gestiegen seien.

Wenn der Postarbeits-Einstwurf mit den erhöhten Viehpreisen Geseh werden sollte, so ist das Erzgebirge und das Vogtland ihrerseits dem Hungerthymus ausgeliefert!

Aus Elsas-Lothringen schreibt man uns: Die ungeheure Zeterung der Fleischpreise wird hier zu Lande um so unangenehmer empfunden, als sich jenseits der französischen Grenze die niedrigen Preise dieses notwendigen Lebensmittels nach wie vor unverändert behaupten und viele Grenzbevölkerung die gewaltige Differenz deshalb um so deutlicher empfinden lassen. Die Klagen über die drängende Notlage der unteren Volksschichten werden immer lauter und finden jetzt auch in der gouvernementalen Presse ein Echo, die bisher gegen die hermetischen Grenzsperr-Maßregeln der Regierung nichts einzuwenden hatte. So schrieb man dieser Tage der nationalliberalen „Straßburger Post“ aus dem Weilerthal im Ober-Elsas:

„Die Fleischpreise sind weiter gestiegen und sind bald nicht mehr zu ertragen. Da sind die Bewohner auf der andern Seite der Vogesen besser daran. Dort gilt das Fleisch 24 Pf. pro Pfund weniger wie hier. Von der Vergünstigung, 4 Pfund zollfrei herüberzubringen, wird fleißig Gebrauch gemacht. Doch gilt das nur für die angrenzenden Bewohner. Jetzt, da massenhafte Einquartierungen für die nächsten Tage zu erwarten sind, wird die herrschende Zeterung noch mehr empfunden werden. Butter, Eier und die andern Lebensmittel steigen im Preise, da jedermann anfängt, diese aufzubewahren. 80 Pf. Verpflegung für Mann und Tag, wo allein ein Pfund Fleisch schon mehr kostet, ist entschieden zu wenig.“

Auf den Gütern eines Oberagrars.

Angst wurde gemeldet, daß der Reichstags-Abgeordnete v. Oldenburg zu Jansschau in Westpreußen die Nachfolge des „eintommelosen“ Freiherrn v. Wangenheim im Vorsitz des Bundes der Landwirte übernehmen solle. Die Sache hat sich jedoch vorläufig zerschlagen und Herr Starb v. Oldenburg begnügt sich einstweilen, Rittergutsbesitzer, Kammerherr, Mitmeister a. D. und Vorsitzender der Landwirtschaftskammer und des Bundes der Landwirte in Westpreußen zu sein und bei seiner Anwesenheit in Berlin als Reichstags-Abgeordneter die Beweise für die Not der Landwirtschaft im Hotel Continental zu erbringen. Jedenfalls haben wir es in dem Herrn mit einem feiner Vollblutagrars zu thun, die für nichts eifriger besorgt sind als — für die Lage der Arbeiter auf dem Lande. Ein Parteigenosse, der jüngst Westpreußen durchwanderte, hatte Gelegenheit, die Arbeiterverhältnisse auf den Gütern der westpreussischen Gutsbesitzer, insbesondere des Herrn v. Oldenburg zu studieren. Er erzählt uns darüber:

Ein klassisches Beispiel über die Lage der Arbeiter in den Gebieten der Leberzücker liefern die Güter des Rittergutsbesitzers, Kammerherrn v. Oldenburg auf Jansschau, der demselben vor einigen Monaten mit einer Majorität von ganzen fünf Stimmen gegen seinen Genossen König, das Reichstagsmandat für Elbing-Marienburg eroberte. Der Herr Baron nennt fünf Güter und eine Höferei sein eigen. Drei große Schafherden und der stolze Herrenhof legen Zeugnis für den Wohlstand des Herrn von Jansschau ab. Aber ein Justmann dieses stolzen Rittergutes erhält neben „freier Wohnung“ und „Deputat“ einen Tagelohn von 50 Pf. d. h. nur im Sommer, im Winter erhält er gar nur 40 Pf.! Ein verheirateter Anwalt erhält ebenfalls Deputat und freie Wohnung und einen Jahreslohn von 90 M. Das „Deputat“ besteht in einem Stück Kartoffelfeld, das der Arbeiter am Sonntag für sich selbst bearbeiten kann, da er die Woche über keine Zeit hat, ferner in einigen Jahren Strauch und Laub und in einer bestimmten Quantität Korn, Erbsen, und Gerste. Die „freie Wohnung“ besteht in einer einstufigen Stube, einer Kammer, einem Keller, etwas Bodenraum und einem Stall. Die von uns in Augenblick genommenen „Wohnung“ ist allem dafür bezeichnend, was man auf den Gütern des Herrn v. Oldenburg unter „freier Wohnung“ für die Gutсарbeiter versteht. Die Wände der Stube sind — der größeren Einfachheit halber — mit Kalk gestrichen, die Decke besteht aus Brettern, deren Lücken sich sehr wirkungslos von Schimmelflecken abhebt, der Fußboden verleiht der „Wohnung“ einen besondern ländlich-idyllischen Charakter, er besteht aus gestampftem Lehm! Die Kammer ist unbewohnbar. Die Stube wird von der Familie und dem Scharwerker gemeinsam bewohnt, was sehr wesentlich zur Hebung der ländlichen Sittlichkeit beitragen soll. Das Gmgen eines Schweines erinnert uns daran, daß der Schweinefist sich unter demselben Dache

besteht. Der Keller soll, nach der uns gewordenen Erklärung, zu Zeiten voller Fülle stehen und wird darum nicht benutzt.

Für alle diese Herrlichkeiten haben aber die Gutsarbeiter noch folgende Verpflichtungen gegen den Herrn: 1. ihre Frauen müssen in der Sommerzeit täglich einen halben Tag für den fünfmaligen Lohn von 30 Pf. gleichfalls in die Arbeit gehen; 2. jeder Familienvater und jeder Knecht muß mindestens noch einen „Scharwerker“ für das Gut stellen, der von dem Gutsarbeiter in der Regel mit 90 M. pro Jahr bezahlt wird, während derselbe dafür das mögliche „Deputat“ des Scharwerkers und den wöchentlichen königlichen Lohn von 40 Pf. pro Tag, in bar, vom Gute erhält! Die verheirateten Gutsarbeiter sehen darum zu, sobald als möglich ihre heranwachsenden Kinder in das „Scharwerk“ zu schicken, um so den „treueren“ fremden Arbeiter zu ersparen. Dieses östliche Arbeiter-Eldorado erschien uns aber erst in richtigen Licht, als wir erfuhr, daß Herr v. D. ein Schwager des bekannten Grafen Kanitz ist, der bekanntlich die Rot der „Landwirtschaft“ in den allerhöchsten Tönen zu malen weiß! Nur meint sowohl Herr Graf Kanitz als Herr v. Oldenburg nicht etwa die Rot der elend entlohten Landarbeiter sondern die „Rot“ der feudalen Herren Rittergutsbesitzer, von der wir jedoch beim besten Willen nichts zu entdecken vermochten.

Die letzte Polarede des Kaisers ist, was mit Kaiserreden bisher nicht geschah, in Posen — nach französischer Sitte — an die öffentlichen Anschlagtafeln geklebt worden.

Dieser Rede legt die Gefolgschaft des Kaisers, welche den Anschlag veranlaßt hat, ausnehmend eine ganz besondere Bedeutung bei. Andre Aeusserungen des Kaisers, wie, um nur ein Beispiel aus neuerer Zeit zu nennen, das Entschuldigungsgramm an den Prinzregenten von Bayern, ist nicht ähnlich weiterer Verbreitung übergeben worden.

Den Grund der besonderen Würdigung der Polarede können wir übrigens nicht erkennen. Die Rede war nur eine Bestätigung der seit einiger Zeit schon üblichen Polenpolitik und der schon im Falle Löhring befolgten Auffassung von der Stellung des preussischen Beamtenstands.

Der Parteitag des Vereins der Deutschen Volkspartei findet, wie man uns aus Baden schreibt, am 20. und 21. September in Offenburg statt. Unter den angekündigten Referaten sind hervorzuheben das des badischen Landtags-Abgeordneten Professor Dr. Heimbürger über die Reform der Reichstags-Wahlkreis-Einteilung und Dr. Girndorfers „Frankfurt über die Wohnungsfrage“; Prof. Dr. Quide-Rindken spricht über die Verantwortung des Reichstags und den Schutz der Verfassung; Landtags-Abgeordneter Oeser-Frankfurt über die Frage: Wie stellen wir uns zu den Kartellen und Syndikaten? —

Preussens Kulturthaten in den polnischen Landesteilen. Es wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ gab in Nr. 209 ein Zeugnis von den Schulzuständen in einem einzelnen Kreisinspektions-Bezirk der Provinz Posen. Um dem Vordruck der Einseitigkeit zu begegnen, kann aber das dort entworfen Bild mit Rücksicht weiter vervollständigt werden. Überall herrscht Lehrermangel, überall unbefestete Stellen, überall Ueberfüllung der Schulklassen. Aber nicht nur das, sondern leider ist auch die viel zu wenig erwähnte Thatsache festzustellen, daß eine ungeheure Anzahl von Kindern nicht rechtzeitig in die Schulen aufgenommen wurde. Die Zurückstellung der schulpflichtigen Kinder erfolgte hauptsächlich aus Anlaß des Mangels an Lehrkräften und geeigneten Räumlichkeiten.

Nicht zur Einsicht gelangten vom Jahre 1882 bis zum Jahre 1902 durchschnittlich in jedem Jahre 3000 schulpflichtige Kinder. Es wurden somit in zwei Jahrzehnten rund 60 000 polnische Kinder für ein bis zwei Jahre der Einwirkung des Unterrichts und der Erziehung in der Schule entzogen, eine Pflanz-, die in ihrer verblühten Ungeheuerlichkeit von keiner andern Provinz auch nur annähernd erreicht wird. Diese Uebelstände wurden noch wesentlich verschlimmert und in vielen Bezirken geradezu unerträglich vergrößert durch die vorgezogene Schulentscheidung solcher Schüler, deren häusliche Verhältnisse eine ausnahmsweise Berücksichtigung notwendig erscheinen lassen. Diese Bestimmung ist in einer Verfügung der Posener Regierung vom 24. August 1880 enthalten. Sie ist die Ursache, daß von der „Berücksichtigung häuslicher Verhältnisse“ zum Schaden der Jugend der rücksichtsloseste Gebrauch gemacht wurde.

Alle diese äußerst traurigen, die germanisatorischen Bestrebungen beschleunigenden Verhältnisse haben sich in keiner Weise in jüngerer Zeit gebessert. Man stelle sich zum Beispiel die Unterrichtsresultate vor, die erzielt werden, wenn neuerdings auf einen Lehrer in Reudorf 202 Kinder, in Klein-Gay 216, in Konstantow 217 Kinder kommen. Aber es ist auch leider eine Thatsache, daß ein einziger Lehrer 225 und mehr Kinder in einer Klasse, bezw. die Schüler von zwei derartig überfüllten Klassen gleichzeitig — so weit dies möglich — unterrichten und erziehen soll. Arme Kinder! Arme Lehrer! Derartige skandalöse Zustände sind in Posen bekanntlich keine Seltenheit. Am grünen Tische besitz man aber kein Verständnis dafür und germanisiert weiter nach der alten, ebenso kostspieligen, wie erfolglosen Methode. —

Planmäßige Soldatenschilderei. Der Unteroffizier Hoffmann von der 9. Compagnie des 108. Infanterie-Regiments in Waagen war wegen Mißhandlung eines Untergebenen vom Kriegsgericht der 32. Division, wie früher berichtet wurde, zu 2 Monaten 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Diese Strafe erschien dem Gerichtsherrn zu niedrig, weshalb er Berufung einlegte. Der Fall, der der Anklage zu Grunde liegt, hat in der Presse großes Aufsehen erregt. Er betraf den willigen, aber beschränkten Soldaten Moskly, der von seinem Unteroffizier wegen einiger Unterlassungsünden in rohester Weise mißhandelt wurde. Hoffmann ließ den Moskly abends nach dem Dienst zum Gewehrreden antreten. Zu diesem Zweck mußte der Soldat Drillrock, Tuchrock, Mantel, Fingerhandschuhe und Chrenklappen anlegen, sich dann an die Lustbelustigung, aus der heiße Luft strömte, stellen, und nun mit zwei Gewehren, später mit einem, bis 400 mal Gewehrreden lassen. Als aus der Leitung zu wenig warme Luft strömte, mußte der Soldat in einem andern Zimmer am überheizten Ofen weiter sitzen. Wochenlang nachher thaten dem Soldaten hiervon noch die Glieder weh. Daneben hat sich der Unteroffizier bei jeder Gelegenheit thätlich gegen den bedauernswerten Soldaten vergangen. Der Vertreter der Anklage betonte, es handele sich hier um planmäßige, zielbewusste Soldatenschilderei, die man als Ausdruck von stücker Noheit und Verwilderung bezeichnen müsse. Er beantragte eine Strafe von einem Jahre Gefängnis und Degradation. Das Ober-Kriegsgericht in Dresden erkannte auf vier Monate Gefängnis und sah von der Degradation ab. —

Ausland.

Spanien.

Ein neues Massacre in Barcelona. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, fanden am Sonntag in Barcelona infolge von Suspensionen bei einem Meeting und bei der Verhaftung des Präsidenten Unruhen statt. Die Menge wollte letzteren befreien. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen der Gendarmenrie und der Menge, wobei mehrere von der Schusswaffe Gebrauch machte. Mehrere Tote und Verwundete blieben auf dem Platz. —

Amerika.

Vom venezolanischen Kriegsschauplatz. Dem „Neueren Bureau“ wird aus Caracas, den 15. d. Mts., gemeldet: Die Aufständischen von Venezuela besetzten die Höhen in der Umgegend von Caracas, unterhielten vier Stunden hindurch ein Feuer mit den Regierungstruppen und zogen sich dann zurück. In der Hauptstadt herrscht großer Schrecken, die Schwierigkeiten mehren sich. —

Der Kongress der italienischen socialistischen Partei.

Imola, den 8. September 1902. (Fig. Ber.)

Als etwas für uns Deutsche Unheimliches ist hier gleich das Gaskam zu bezeichnen: das Ministerium hatte den Kongressisten besondere Fahrpreisermäßigung zugestanden! Das war der erste angenehme Eindruck, den man empfing. In Imola herrscht Festtagsstimmung, rote Fahnen hängen zu vielen Fenstern heraus, die ganze Bürgerschaft ist auf den Beinen. Die Anarchisten haben Flugblätter in die Menge werfen lassen, die aber nicht viel Beachtung gefunden haben.

Der Vorabend war sehr belebt. Die beiden einmal nicht wegzuleugnenden Richtungen innerhalb der Partei gelangten dadurch zum Ausdruck, daß die Hauptversammlungen zu einer besonderen Sitzung einluden. Die sogenannte Reformpartei, deren bekannteste Namen die Genossen Turati, Bispolati, Treves, Cabrini, Veggiani, Anna Kulikoff und Bonomi sind, waren im Natikans, die sogenannte Revolutionspartei, unter welchen neben Enrico Ferri noch besonders Verda, Solbi, Bertelli und Arturo Labriola zu nennen sind, in der Arbeitskammer zu einer bis 1/2 Uhr abends dauernden Sitzung vereinigt.

Als Kongresslokal ist das Teatro Sociale bestimmt, welches einen schönen Saal besitzt.

Die erste Sitzung wurde am nächsten Morgen etwas nach 9 Uhr eröffnet. Der Abgeordnete von Imola, Andrea Costa, der Restor der Partei, der erste Socialist, welcher in die Kammer eintrat, eröffnete die Sitzung. Der Saal ist im wahren, nicht übertriebenen Sinn des Wortes überfüllt. Außer den fast 2000 Kongress-Teilnehmern, von denen genau 1306 Delegierte sind, befinden sich im Saal noch eine sehr reichliche Anzahl von Zuschauern, welche die Logen dicht besetzt halten, sowie ca. 50 Journalisten, die etwa 70 Zeitungen vertreten. Schon seit Wochen hatte die gesamte Presse des Landes ohne Ausnahme den kommenden socialistischen Kongress in ungezählten Leitartikeln besprochen, hatten die Korrespondenten selbst der sogenannten monarchischen Blätter sich dergestalt um Interviews mit den Führern der Partei bemüht, daß sich ein starker Andrang wohl voraussehen ließ.

Nach den einleitenden Worten des allgemein verehrten Andrea Costa nimmt der Bürgermeister von Imola, Genosse Kella, selbst das Wort.

Kella heißt den Kongress mit sehr herzlichen Worten willkommen, sowohl als Parteigenosse wie als Bürgermeister der Stadt. Als letzterer dankt er der Partei für die Ehre, welche sie der Stadt dreimal erwiesen habe, daß sie sie zum Sitz des Kongresses erkoren habe.

Dem Willkommengruß der Stadt fügt Costa den Willkommengruß der Socialisten von Imola hinzu. Er hebt hervor, daß Imola — abgesehen von der ersten von den Socialisten eroberte Stadt Italiens — bereits seit mehr als 31 Jahren socialistisch gesinnt sei und zu einer Zeit, wo die Socialisten noch nicht anders als malfattori (Verbrechergesellen) genannt worden seien, tapfer für die Ideale des Kollektivismus gekämpft habe. Sodann hat er ehrenvolle Erwähnung des in diesem Jahre verstorbenen Genossen Luigi Sassi, indem er darauf hinweist, von welcher Bedeutung er für die Arbeiterbewegung gewesen sei. Sodann bittet er, zur definitiven Wahl eines Präsidenten des Kongresses schreiten zu wollen. Allgemeines Handklatschen war die einzige Antwort des Kongresses. Andrea Costa nahm die ihm zugedachte Ehreung mit Dank und offenbar bewegt an. Sodann erwählte der Kongress durch Jurauf den von den Unruhen im Jahre 1898/94 her weit und breit rühmlichst bekannten sizilianischen Genossen Dr. Nicola Barbato sowie den Deputierten für Viella, den Arbeiter Rinaldo Rigola zu Vizepräsidenten. Es ist ein ergreifender Anblick, als der letztere, der in diesem Winter — erst 34 Jahre alt — fast völlig erblindet ist, zum Präsidienamt geführt wird. Rigola, ein an Intelligenz und Schaffenskraft gleich reich begabter Mensch, ist dabei den Thränen nahe.

Nachdem auch die Sekretäre für den Kongress ernannt worden sind, wird die Diskussion über die Kontrolle der Mandate eröffnet. In ihr führt Gen. Deput. Dr. Camillo Prampolini aus, daß die innere Organisation der Partei mit deren offensichtlichen inneren Fortschritten nicht gleichen Schritt gehalten habe. Bei der Wahl der zum Kongress entsandten haben sich eine Menge böser Mißstände eingeschlichen. Es sei wiederholt vorgekommen, daß socialistische Klubs aus Widerspruch gegen die Parteileitung Leute zum Kongress entsandt hätten, die auf den Urteilspruch der Unparteiischen hin aus der Partei ausgeschlossen worden seien. Aber er glaube, der Kongress habe weder Zeit noch Lust, jetzt hierüber zu entscheiden. Man solle also für diesmal die Fälle auf sich beruhen lassen und nur für die Zukunft vorsehen. — Auch die Direktion der Partei entwirft nicht mehr den Anforderungen der letzten Jahre, in denen die Partei so stark gewachsen sei. Es sei zu leicht gemacht, Klubs zu gründen, die selbst dann Stimmrecht haben, wenn sie bloß 25 Lire Kapital besitzen.

Hiermit erklärt sich Genosse Prof. Enrico Ferri nur zum Theil einverstanden. Er ist der Meinung, daß „das neue Kleid“ nicht so leicht angezogen werden dürfe, sondern daß man sich dazu Zeit lassen müsse.

Hiermit ist diese Frage erledigt und es werden zur Kontrolle der Mandate die Genossen Garibotti, Bertelli, Alessandri, Prampolini und Ruffanti gewählt. Genosse Costa nimmt nun wieder das Wort, indem er — vorsichtshalber — von vornherein erklärt, er werde streng darauf halten, daß trotz der einmal vorhandenen Gegenläufe keine unangenehmen Szenen vorkommen würden. Sonst werde er seinen Hut nehmen und den Saal verlassen. (Lachen und Beifall.) Sodann liest er die eingelassenen Briefe der ausländischen Genossen vor, darunter einen von Amer im Namen der Parteileitung, ferner von Bauerwelle, Guebbe und Jaurès. Letzterer erklärt in einem längeren Schreiben, er hoffe, der italienische Kongress zu Imola werde keine feindliche Stellung zum Freireich einnehmen, den er, Jaurès, vorläufig wohl für durchaus nötig halte, um den „französischen Chauvinismus“ sowie die „franco-russischen Phantastereien“ bändigen zu können. (Ruh und Beifall.)

Arturo Labriola — Neapel, macht auf die Gegenwart österreichisch-italienischer, d. h. Triestiner Genossen aufmerksam, die er ganz besonders willkommen heiße und bringt eine Resolution ein, in welcher der Kongress denselben Genossen seine vollste Sympathie ausdrückt. (Beifall.) Der Antrag wird angenommen.

Macchelli warnt davor, die Bourgeoisie durch das Hervortreten der zwei innerhalb des Socialismus hervortretenden Tendenzen Richtung zur Polemik zu geben und beantragt deshalb, die Einheit und Untheilbarkeit der Partei als Princip gelten lassen zu wollen. (Beifall und Widerspruch.)

Costa: „Das muß der Kongress selbst ergeben“. (Beifall.) Er verliest daraufhin die besonderen Bestimmungen: Kein Redner darf über ein Thema mehr als zweimal sprechen, und zwar das erste Mal 10, das zweite Mal 5 Minuten.

Der Kongress tritt hierauf in die Diskussion über das Thema: „Die politische Aktion der socialistischen Partei und ihre Beziehungen zum Parlament“, über welches zwei offizielle Korreferate, eins von Genossen Priodogent Romeo Solbi (revolutionäre Tendenz), das andre von Genossen Dr. Jvanos Bonomi (reformistische Tendenz) gedruckt vorliegen.

Zu dieser Kapitalfrage der Partei im allgemeinen und des Kongresses im besonderen erregt zunächst Treves und das Wort: Im Gegensatz zu Turati lehne er nicht, daß zwei Tendenzen bestehen. Das gehe aus allen Handlungen der beiden Richtungen hervor. Die Bourgeoisie sei zwar nicht eine einzige reactionäre, wohl aber eine einzige konservative Masse. Nur eine strenge Scheidung zwischen Proletariat und Bourgeoisie könne dem Socialismus fruchten. (Beifall und Hissen.)

Carotti beantragt, daß sowohl Beifalls- als Mißfallens-äußerungen unterlag werden. (Gelächter.) Costa: Es wäre schwer, letzteres zu verhindern.

Lo Sardo spricht in persönlicher Angelegenheit. Er hofft, daß kein unliebsames Wort im Kongress geäußert werde und die größte Duldsamkeit herrsche. Zugleich protestiert er gegen die mißliebigen Aeusserungen über Süd-Italien und süd-italienische Genossen

von selten des Nordens. Das Land würde verrottet und die Genossen „anarchoide“ genannt. Im übrigen hält er die Politik des „weniger Schlechten“ für die Politik des „Schlechten“. In seiner Heimat bekämen die Feldarbeiter für 15 Stunden Arbeit nur 30 Centesimi. Solche Leute können nicht auf langsam kommende Reformen warten, sie wollen sofortige Hilfe haben.

Francesco Cicotti (Orvieto, nicht zu verwechseln mit dem Universitätsprofessor und Deputierten Ettore Cicotti) spricht seinen Zweifel darüber aus, ob ein Kongress jemals praktische Erfolge erzielen könne. Die Tendenzfrage dürfe man nicht übersehen, sonst hätte man sie in zwei Jahren wieder. Andererseits könne man auch über eine in Zukunft zu verfolgende Politik keinen Beschluß fassen. Politik sei Zukunft, und sie vorher zu bestimmen ein Uebing. Die beiden Tendenzen seien im Grunde nicht so sehr entgegengesetzt, und ihre Vertreter beide durchaus verständlicher Natur. Beide wollten Reformen haben, nur die Art und Weise, sie zu erreichen, wäre eine verschiedene. Darin stimme er mit Ferri überein, daß das Proletariat der Bourgeoisie die Reformen abzwängen müsse und sie sich nicht scheuen lassen dürfe. Nicht, weil sonst die Würde des Socialismus gegenüber der Bourgeoisie darunter leiden würde, sondern aus praktischer Notwendigkeit. Die parlamentarische Gruppe der Partei müsse aber der Regel nach gegen das Ministerium und nur ausnahmsweise dafür stimmen. Daß wichtige Reformen nicht abgewiesen werden dürften, auch wenn sie von oben herab angetragen würden, wäre ja selbstverständlich. Er könne aber nicht umhin, zu sagen, daß die parlamentarische Fraktion durch zu weitgehendes Entgegenkommen oft Schaden angerichtet habe.

Randolfo hebt die Unterschiede zwischen der sozialen Lage des Nordens und der des Südens hervor. Im Norden sei das Proletariat bereits organisiert und wolle nun langsam aber sicher weitere Fortschritte machen und zwar mit Hilfe sozialer Reformen: „Wir folgen, Reformisten müßten eigentlich Revolutionäre genannt werden, denn wir revolutionieren die Gesellschaft.“ Jeder richte sich nach der Lage, in der er sich befindet. Selbst Enrico Ferri hat in Bari die Hilfe rechtsstehender bürgerlicher Parteien angenommen. Er wolle Ferri durchaus keine Schuld geben, sondern nur darauf hinweisen, daß der Weg der Kompromisse der richtige sei. Man meine, der Weg der gesetzlichen Reformen sei ein langer. Da trete man sich. Sollte das Proletariat auf die Revolution warten, nur damit es noch länger dauere. „Die Bourgeoisie muß in der That getroffen werden, nicht im Kopf, den sie oft nicht einmal besitzt.“

Prof. Enrico Ferri: Er beabsichtige nicht, über die beiden Tendenzen einen akademischen Vortrag zu halten. Aber sie existierten, und er trete sich, daß bis jetzt niemand diese Wahrheit geäußert habe. Er möchte nur antworten, um Randolfo, der mehrfach solches berichtet habe, zu rektifizieren. Auch die Vertreter der revolutionären Tendenz gingen darauf aus, die Lage des Proletariats täglich zu verbessern, sie seien keineswegs Phrasenhelben. Der Redner führt eine Provinzialratswahl in der Provinz Gonzaga an, in welcher zahlenmäßig die revolutionäre Tendenz die denkbar größten Erfolge erzielt habe. Seine Propaganda sei durchaus praktisch, er wage es freilich auch, bei jeder Gelegenheit, auf das kollektivistische Endziel des Socialismus auch vor bürgerlichen hinzuweisen. Man wähle ihn nicht, weil er Enrico Ferri, sondern weil er Socialist sei. Auch der Fall in Bari verhalte sich anders. Er sei dort so revolutionär wie nur irgend möglich aufgetreten, sei aber nicht so thöricht gewesen, die ihm angebotene Hilfe eines guten Teils der liberalen Bourgeoisie, welche gegen die Camorra zu kämpfen beabsichtigte, abzulehnen. Bari sei keineswegs, wie man glaube, ohne Proletariat, es könnte getrost das Maßland Apulien genannt werden. Es existierten dort über 30 socialistische Gewerkschaften. Sein Charakter allein hindere ihn schon daran, jemals Zugeständnisse zu machen, weil er sich schone, und nur einen Beyen seines socialistischen Glaubensbekenntnisses preiszugeben.

Partei-Angelegenheiten.

Anträge zum Parteitage. Der socialdemokratische Verein in Erfurt unterbreitet dem Parteitage folgende Anträge:

„Die außerordentlich hohen Zuschüsse für die einzelnen Partei-Blätter haben zu unterbleiben.“

„Die Fraktion wird beauftragt, in der nächsten Legislaturperiode im Reichstags den Antrag auf sofortige Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zu stellen.“

„Um die Provinzpresse zu entlasten, wird der Parteivorstand verpflichtet, die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ zu veranlassen, den Geschäftsbericht des Vorstandes und den Tätigkeitsbericht der Fraktion den Parteiblättern, welche denselben verlangen, als Beilage zum Selbstkostenpreise abzugeben.“

Der Parteitag möge beschließen, daß, wenn in Zukunft sich Sonderorganisationen bilden (wie die der Hamburger Accordmaurer) und die Partei-Organisation am Orte die Ausschließung beantragt, die Ausschließung vom Parteivorstand erfolgen muß.“

Reichstags-Kandidaturen. Als Kandidaten wurden aufgestellt: für den 6. sächsischen Kreis Reichstags-Abgeordneter Georg Horn, für den 9. sächsischen Kreis Ernst Schulze, für Thüringen Schlegel und für den 2. badischen Kreis Fritz Feig. Die Genannten taubdierten sämtlich auch 1898 in diesen Kreisen.

Das Centrum als Bollwerk. Der von uns in voriger Nummer erwähnte Artikel der „Germania“ zu den Anträgen für unsern Parteitag, worin sich das Centrum als stärkstes Bollwerk gegen die Socialdemokratie empfiehlt, findet sich in allen Centrums-Blättern. Zu welcher Weise dieses „Bollwerk“ wirkt, das schildert anschaulich eine Aufschrift, die uns anlässlich dieses auch in der „kölnischen Volkszeitung“ enthalten gewesenem Artikels aus dem Rheinlande zugeht. Darin heißt es:

„Nicht in offener Feldschlacht bekämpft das Centrum den Gegner, sondern mit den Mitteln der Bewusstseinsberückung, der hinterlistigen Verfolgung und der rohen Gewalt. Im verhängenen Weichstahl löst die Geisteslichkeit, die ja durchweg im Dienste des Centrums steht, einen Einfluß, von dem sich der Nichtkatholik unendlich einen Begriff macht. Auch sonst thut sich die katholische Geistlichkeit in ihrem Wirken für das Centrum keinerlei Zwang an, und sie schreit — dafür giebt es zahlreiche Beweise — nicht vor der Unterstützung des häuslichen Friedens und des Eheglücks zurück. Der katholische Unternehmer mahregelt nicht nur die socialdemokratischen, sondern sogar solche Arbeiter, die bisher dem Centrum ergeben waren, wenn sie sich in christlichen Gewerkschaften maunig machen oder gar gegen die ultramontane Brotmacherpolitik angehen. Nur in den seltensten Fällen ist es der Socialdemokratie in den katholischen Regierungskreisen der Rheinprovinz möglich, in Versammlungen aufklärend an die Öffentlichkeit zu treten. Was — zumal in den kleineren Orten von der Geistlichkeit an Saal-abtreibereien geleistet wird, spottet der Beschreibung. Das haben vor einigen Monaten auch die Redner des Handelsvertrags-Vereins in zahlreichen Fällen erfahren müssen. Hat man es doch vermocht, in einer Stadt wie Köln, das an 400 000 Einwohner zählt, die socialdemokratische Partei nahezu ein Jahrzehnt lang, bis auf den heutigen Tag, obdachlos zu halten. Und wenn dann alle Mittel der Heimtücke und der Anebelung der Geister nicht fruchten, dann greift das Centrum, wenigstens draußen in den ländlichen Orten, zur rohen Gewalt. Die socialdemokratischen Flugblätter-Werter wissen davon zu berichten, wie sie von einer durch die Ortsgeistlichkeit verhängten Landbeschränkung traktiert werden; selbst vor brutaler Mißhandlung schreit man nicht zurück, und es ist sogar in der rheinischen Dabach-Presse wiederholt zum thätlichen Einschreiten gegen die socialdemokratischen Sendboten aufgefordert worden.“

Wenn die Centrumspresse über die Erfolge solcher Kampfmethoden ihrer Gemüthung Ausdruck giebt, so dokumentiert sie auch dadurch, daß sie wirklich verdient, an anderer Stelle richtig gewürdigt zu werden.

Die Landeskongress der Socialdemokraten Hessens fand Sonntag, den 7. September, im Gewerkschaftshaus zu B o r n s in Anwesenheit von 81 Delegierten aus 86 Orten statt. Außerdem waren anwesend die Landtagsfraktion, 8 Kreisvorsitzende und das

gesamte Landeskomitee. Aus dem Jahresbericht des Landeskomitees ging hervor, daß die Beschlüsse der vorigen Landeskonferenz in Bezug auf Einführung eines einheitlichen Mitgliedsbuches und der redaktionellen Abfassung des Kommunalprogramms ausgeführt und außerdem 123 000 Agitationskalender verbreitet wurden. Die Nachfrage nach Naturalisationsformularen war eine recht rege. Den Anforderungen nach Nebenrechnungen wurde nach Möglichkeit Rechnung getragen, auch sei die Agitation im abgelaufenen Jahre eine regere wie früher gewesen. An eingeschriebenen Parteimitgliedern könne man 8000 rechnen.

Der Bericht des Kassierers zeigt eine Netto-Einnahme von 5676,06 M. und eine Netto-Ausgabe von 4142,21 M. Unter Hinzurechnung des vorjährigen Kassensolostandes verbleibt ein Bestand von 8157,40 M. Der Beitragsmarken-Absatz vermehrte sich um fast 50 Prozent. Unter den Ausgaben befindet sich ein Posten von 1375,97 M. an den Parteivorstand abgegebener Gelder. Beschlossen wurde, alljährlich einen Kalender herauszugeben, ferner sollen die einzelnen Kreise dem Landeskomitee Situationsberichte einreichen, zu denen ihnen Formulare geliefert werden sollen.

Ueber die bevorstehenden Landtagswahlen hielt sodann Genosse David-Waig ein einstündiges, recht beifällig aufgenommenes Referat, in dem er die Stellung der Landtags-Fraktion zur verunglückten Wahlreform darlegte und betonte, daß der nächste Wahlkampf unter der Devise der Erreichung des allgemeinen direkten und gleichen Wahlrechts erfolgen müsse. Den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, könne auch die frühere Parole „Nieder mit den National-liberalen“ nicht mehr allein aufrecht erhalten werden, sondern der Kampf sei in gleicher Stärke auch gegen das Centrum zu führen. Er beschwor ein allgemeines Eintreten in den Wahlkampf und schließlich in für uns aussichtslosen Kreisen die Unterstützung von solchen Gegnern, die sich für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht verpflichten. Mit einer Ausnahme erklärte man sich dann mit der Haltung der Fraktion im Wahlrechts-Kampfe einverstanden und beschloß die Aufstellung eigener Wahlmänner, wo es angängig sei, im übrigen aber die Unterstützung gegnerischer Kandidaten im Sinne der Davidschen Ausführungen. Am aber ein einheitliches Vorgehen in den zweifelhaften Kreisen zu ermöglichen, werden die Genossen ermahnt, mit dem Landeskomitee und der Landtags-Fraktion in Verbindung zu treten. Weiter wird ein Antrag angenommen, daß eine eigene Landtags-Berichtsstellung für die Parteipresse eingerichtet werden soll und die Landesliste dazu Zuschüsse zu leisten hat.

Dann folgten noch kürzere Referate des Genossen Gramer-Darmstadt über den Münchener Parteitag und des Genossen Ulrich über die bevorstehende Reichstagswahl. Durch Beschluß wird den Genossen eine allseitige Beschäftigung des Parteitagess sowie bei der Reichstagswahl eine energische Beteiligung und bei etwaigen Stichwahlen die Niederhaltung der Anhänger der Lebensmittelpresse empfohlen. Ein Antrag von Darmstadt-Groß-Gerau auf eine würdigere Begehung der Matfeier am 1. Mai selbst und Ausschluß aller Matfeiern an späteren Terminen findet Annahme, desgleichen eine geharnischte Protestresolution, die sich gegen die Erleichterung resp. gänzliche Behinderung der Viehfahrt richtet und an das hessische Staatsministerium das Ersuchen richtet, im Bundesrat für die Oeffnung der Reichsgrenzen für Schlachtvieh alsbald einzutreten. Nachdem noch das Landeskomitee in seiner bisherigen Zusammensetzung durch Reclamation einstimmig wiedergewählt war, schloß der Vorsitzende, Genosse Ulrich, mit einem aufmunternden Schlussworte und einem dreifachen Hoch auf die internationale Socialdemokratie die Konferenz.

Ein Gedächtnis für Bruno Geiser wird Sonntag, den 21. September, auf seinem Grabe im Osweiler Friedhofe bei Breslau enthüllt. Der Gedächtnis wurde von einem aus Parteigenossen gebildeten Komitee durch Gaben aus Kreisen der Parteigenossen errichtet.

Aus Industrie und Handel.

Der Walzdrahtverband beschloß, wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, in seiner heutigen Sitzung den Walzdraht-Grundpreis im Inland um 10 M. die Tonne für den Verkauf für das vierte Jahresviertel 1902 zu ermäßigen, obgleich der Preis für Halbzeuge nicht herabgesetzt worden ist.

Internationaler Stahlstreik. Kürzlich wurde schon von amerikanischen Seite berichtet, daß der Stahlstreik beabsichtigt, mit den großen deutschen und englischen Stahlfirmen in Verbindung zu treten, um mit diesen eine Aufteilung des Weltmarktes zwischen der Stahlindustrie der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Englands zu vereinbaren. Das Projekt erschien als so ungeheuerlich, besonders in Anbetracht der jetzigen Lage des europäischen und amerikanischen Eisenmarktes, daß es vielfach als eine der amerikanischen Aufwandsarbeiten aufgefaßt wurde, die seit einiger Zeit die amerikanische Sensationspresse täglich in die Welt schickt. Wie die „New Yorker Handelszeitung“ von „vertrauenswerter“ Seite erfahren hat, soll jedoch tatsächlich von den Leitern der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie der Plan einer Verständigung mit den deutschen und englischen Fachgenossen ins Auge gefaßt sein. Handelt es sich vorläufig auch nur um bloße Projekte, deren Verwirklichung vielleicht nie erreicht wird, bleibt doch interessant, zu erfahren, wie nach den Angaben des betreffenden Blattes sich in den Köpfen der Tarifmagistrate die weitere Entwicklung des Trust- und Kartellwesens malt. Die „New Yorker Handelszeitung“ schreibt:

Schon vor einiger Zeit wurde in Kreisen leitender amerikanischer Finanziers und Industrieller die Möglichkeit ventiliert, die großen britischen sowie auch die deutschen Eisen- und Stahlproduzenten zu einer Verschmelzung ihrer Interessen zu veranlassen, um dann zwischen dieser Vereinigung und den leitenden Interessen der Eisen- und Stahlindustrie eine Teilung des Weltmarktes zu vereinbaren. Zu jener Zeit war es C. H. Frick, der ehemalige Präsident der Carnegie Steel Co., der die Unmöglichkeit der Ausführung eines solchen Planes oder einer etwaigen Beeinflussung der britischen und deutschen durch die diesseitigen Eisen- und Stahlinteressen darlegte, so lange nicht von Amerika aus gleichzeitig der Ocean-Handelsverkehr kontrolliert werden könnte. Zuvor müsse für den Uebelstand, daß hiesigen Fabrikanten für den Versand ihrer Produkte hohe Frachtraten berechnet würden, während europäische Produkte nach den Vereinigten Staaten zu weit niedrigeren Raten und gelegentlich selbst als Ballast gebracht würden, durch einen Ratenausgleich geschaffen werden. Gelänge es, die Kontrolle des Ocean-Handelsverkehrs zu erlangen, so könnten amerikanische Produkte eventuell als Ballast nach Europa befördert und, falls die europäischen Fabrikanten sich unlenksam zeigten, denselben hohe Frachtraten für den Export nach Amerika berechnet werden.

Daß die U. S. Steel Corp. sich nach und nach einen maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsführung der noch unabhängigen Stahl- und Eisenproduzenten hier zu Lande zu sichern sucht, ist keine Thatsache. Der Vorsitzende des Exekutiv-Ausschusses des Stahltrusts, Richter Gary, und Präsident Schwab gehören dem Direktorat einer ganzen Anzahl solcher Gesellschaften an und als neueste, durch die Benannten herbeigeführte Gründungen und Verschmelzungen bisher unabhängiger Interessen sind die mit 30 Mill. Doll. kapitalisierte American Steel Foundries Co. zu nennen, deren Präsident, Joseph R. Schwab, ein Bruder von U. S. Steel ist, sowie der neue Schiffbau-Trust, die mit 45 Mill. Doll. kapitalisierte U. S. Shipbuilding Co., welche auch die Bethlehem Steel Co. absorbiert hat, deren Eigentümer noch vor kurzem U. S. Steel war, bis er den Besitz an J. P. Morgan u. Co. abgab. Auch die Bemühungen des früheren Präsidenten der nunmehr dem Stahltrust einverleibten American Steel u. Wire Co., John B. Gates, die Kontrolle der Colorado Fuel u. Iron Co., der größten Konkurrentin des Stahltrusts im Westen, zu erlangen, sollen eine schließliche Verschmelzung der genannten Gesellschaft mit dem Stahltrust bezwecken. Die Sicherung von

Vorkaufrechten oder der Kontrolle von Konkurrenz-Gesellschaften wird von Morgan Schwab und Gates überlassen, da dieselben den Wert solchen Besitzes als kompetente Fachleute beurteilen können.

Für die deutsche Stahl- und Eisenindustrie würde sich, nach diesseitiger Darlegung, die Schaffung einer Organisation, wie die U. S. Steel Corp., als ein Segen erweisen. Die Erzeugnisse von Luxemburg und anderer Distrikte haben Interessen-Vereinigungen, die es ihnen ermöglichen, exorbitante Preise zu fordern, welche die Hoheisen-Produzenten zahlen müssen. Die spanischen Erze stehen unter britischer Kontrolle und die Ausfuhr ist von der spanischen Regierung mit hoher Steuer belegt. In der Kohle-, Coals- wie in der Hoheisen-Industrie Deutschlands bestehen Trustbildungen. Gelänge es nun, aus diesen verschiedenen Bestandteilen, eine gewaltige Korporation zu bilden, welche das fertige Eisen- und Stahlprodukt vom Rohmaterial an liefert, auch über eigene Bezugsquellen für Heizmaterial verfügt, wie die U. S. Steel Corp. hierzuhande sich in solcher Lage befindet, so wäre es für die deutschen Produzenten ein Leichtes, ihre Produkte zu niedrigerem Preise als bisher zu verkaufen und doch noch bessere Profite zu erzielen.

Vor allem interessant an der Darlegung ist, daß der Morganische Dampftrust trotz der wiederholten Ablehnungen nicht nur zu dem Zweck geschaffen ist, den Morganischen Eisenbahnliesen Frachttarife und Passagiere zuzuführen, sondern daß durch ihn dem Stahltrust zugleich die Möglichkeit geboten werden soll, seine Produkte, falls die englische und deutsche Stahlindustrie sich nicht gefügig erweist, zu billigen Frachtraten nach Europa abzuschieben und andererseits durch Erhöhung der Frachten die deutsche und englische Konkurrenz vom amerikanischen Markt fernzuhalten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Bauknechte.

In der am Sonntag bei Keller abgehaltenen Versammlung nahmen die Gehilfen den Bericht ihrer Streikkommission entgegen. C o h e n ging ausführlich auf die gezeichneten Einigungsverhandlungen ein und konstatiert, daß die Schuld an dem resultatlosen Verlauf derselben leblich die Arbeitgeber treffe. Was die mit so großem Ansturm angekündigte Ausperrung anbelange, so sei dieselbe zu einer solofalen Blamage für die Meister geworden. Von den zwei Firmen, die überhaupt eine Ausperrung vornahm, hat die Firma Hoffmann ihre Gesellen bereits erlöst, am Montag, den 8. September, die Arbeit wieder aufnehmen, auch die Firma Dietrich wird in den nächsten Tagen ihren Betrieb mit den alten Gesellen wieder eröffnen. Mittlerweile versenden die Häupter der Innung ein Circular nach dem anderen an die Meister, worin sie diese um strikte Zurückhaltung der gefassten Beschlüsse und um die Verantwortung von allerhand Fragen ermahnen. Doch, halten die Innungsführer die gefassten Beschlüsse schon nicht, so thun es die übrigen Meister erst recht nicht und die Folge ist, daß bis jetzt schon 61 Firmen die Forderungen unterschrieben anerkannt haben. Vor einigen Tagen hat sich nun auch der Arbeitgeber-Verband mit dem Knechtereit befaßt. Da nun alle dem Verbands angehörigen Arbeitgeber schon längst einen höheren Lohn zahlen, als ihn die Knechtereiter zugestehen wollen, so kam der Antrag der letzteren, eine allgemeine Banarbeiters-Ausperrung vorzunehmen, gar nicht erst zur Verhandlung, sondern der Vorstand beschränkte sich auf eine ziemlich nichtsagende Sympathie-Erklärung. Diese lautet:

Während der Dauer des Knechtereit dürfen bei den Mitgliedern der Vereinigung Knechtereit nicht in Arbeit genommen werden. — Falls der Streik bis zum 10. d. M. nicht beendet ist, wird zum 15. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Beschlüßfassung über weitere Maßnahmen anlässlich des Knechtereit.“

Das ist alles. Angesichts der für die Gesellen außerordentlich günstigen Situation wäre es eine Thorheit, wollten diese ihre Forderungen nicht vollständig aufrecht erhalten, überhaupt, da sie nicht mehr fordern, als was die übrigen Bauhandwerker längst bekommen.

In der Diskussion äußerte man sich abfällig über das zweifelhafte Verhalten der Hirsch-Dumreicher Gewerkschafter. Dagegen fand die energische Durchsührung der Baukontrolle seitens der Maurer, Zimmerer usw. allgemeine Anerkennung. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Die versammelten Knechtereiter erklären sich mit allen Maßnahmen der Streikkommission einverstanden. Die Versammlung sieht in den Maßnahmen der Unternehmer nichts weiter als das Bestreben, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter zu tragen und die berechtigten Forderungen der Knechtereiter zu unterdrücken. Aus dieser Erkenntnis heraus erklärt die Versammlung, mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß die Einigkeit unter den Knechtereit nicht gestört wird. Im übrigen sehen die Berliner Knechtereiter allen Schwarzmacher-Maßregeln in Ruhe entgegen.

Ferner wurde beschlossen: Jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende Bauknechtereiter verpflichtet sich, zur Unterstützung der Streikenden wöchentlich 1 M. in die Streikkasse zu zahlen. Die Ertragsleistung der Bauknechtereiter beträgt dagegen nur 50 Pf. pro Mann und Woche. — Es wurde ausdrücklich betont, daß diese Extraststeuer nur erhoben werde, weil es allgemein so Brauch ist, und nicht etwa, weil die Verhältnisse dies erforderten; die Kasse sei im Gegenteil gut gefüllt. Bemerkenswert sei noch, daß die eingeladenen Innungsführer, Obermeister Berger und Generalsekretär Rasse in der Versammlung nicht erschienen waren.

Wie uns berichtet wird, hatten am Montag bereits 65 Firmen mit 400 Gehilfen die Forderungen bewilligt. Das ist die Mehrzahl sowohl der Geschäfte als auch der Arbeiter.

Die Bleiglas- und Glasmaier hielten am Montag in den Arminalhallen eine öffentliche Versammlung ab, in der die Streikkommission Bericht über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung erstattete. Danach haben bereits 13 Firmen die neuen Forderungen bewilligt, mehrere andre werden noch im Laufe des Tages folgen. Bedauert wurde, daß die Waler der Firma Spin d sich mit den Streikenden nicht solidarisch erklärt haben. Im allgemeinen aber sieht die Sache der Streikenden außerordentlich günstig, sie hoffen auf eine baldige Beilegung der Differenzen. Eine Vertrauensmännerführung des Verbandes der Glasereien und verwandter Betriebe hat die Hauptforderungen der Streikenden abgelehnt. Die Namen der letzteren sollen dem Vorsitzenden Herrn Köhlich umgehend mitgeteilt werden, damit die Liste derselben den sämtlichen Mitgliedern der Glasereien Deutschlands zugefandt wird mit der Bitte, die Streikenden nicht zu beschäftigen. Dagegen verpflichten sich die Meister, vorläufig keine Arbeiter durch die Fachpresse zu suchen. Ferner sollen die Glasmaier aufgefordert werden, während des Streits den außerhalb des Verbandes stehenden Bleiglasereien kein Glas zu liefern. — Wie weit sich dieser Beschluß realisieren läßt, bleibt abzuwarten. Welcher Geist unter den Meistern herrscht beweist, folgender Plan derselben. Sie tragen sich mit dem Gedanken, die Entlassung der eigenen Arbeitswilligen allgemein zu verlangen, weil sie nicht wollen, daß einige Kollegen mit Hilfe jener Elemente die übernommenen Arbeiten fertigstellen und sich somit einen Verdienst verschaffen, während der größte Teil von ihnen keine Arbeiter und somit auch keinen Verdienst hat. Die Streikenden haben gegen diesen Plan ihrer Arbeitgeber jedenfalls nicht einzutreten. Beschlossen wurde noch, sich mit den Hamburger Kollegen in Verbindung zu setzen, weil bekannt ist, daß eine Firma Streikarbeiten daselbst anfertigen lassen will.

Gesellen-Ausschuß der Handwerkskammer zu Berlin.

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin hat eine ordentliche Sitzung der Vollversammlung einberufen zu Montag, den 22. September 1902, 10 Uhr vormittags im Sitzungssaale des Landeshofes, Berlin W., Rathhäusstr. 20/21.

Die Tagesordnung ist: 1. Erstattung des Berichts über die Thätigkeit des Vorstandes seit der letzten Vollversammlung, 2. Massen-

bericht, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung, 3. Festsetzung der Dauer der Lehrzeit, 4. Ergänzung der Gesellenprüfungs-Ordnung.

Die Mitglieder des Gesellen-Ausschusses hiesiger Kammer sowie deren Stellvertreter sind durch den Unterzeichneten zu einer Vorbereitung der Tagesordnung zum Sonntag, den 14. September, vormittags 10 1/2 Uhr, nach dem Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, hiermit eingeladen.

Herrn Bartel, O., Mühlenstr. 65.

Zum Lederarbeiter-Streik in Brandenburg a. G. Die Zahl der Ausständigen beträgt 131. Davon sind 32 abgereist, 89 befinden sich noch am Orte. Allem Anschein nach werden die Handschuhmacher durch den Streik in Mitleidenchaft gezogen werden. In der Fabrik von Duwe ist den Handschuhmachern bereits die Entlassung angekündigt.

Der Streik in der Filzschuh-Fabrik von Brodt in Oberwalde dauert unverändert fort. Die Schuhmacher werden ermahnt, das besonders zu beachten, da die Ausständigen über Zugang aus Berlin klagen. Die Situation ist für die Streikenden nicht ungünstig, da die Hochsaison herangerückt ist. In letzter Zeit sind in der Fabrik zwei Mitglieder des Vereins der Klempner und Metallarbeiter (Richtung Hirsch-Dumreicher) eingetreten. Auf den von den Ausständigen beim Generalrat dieser Organisation eingelegten Protest gegen das Verhalten seiner Mitglieder hat auf dessen Veranlassung am Sonntag, den 7. d. M. eine außerordentliche Versammlung des Gewerkschafts stattgefunden, an welcher Vertreter des Vereins deutscher Schuhmacher, des Gewerkschaftsartikels und der Ausständigen zugelassen waren. Nach länger eingehender Diskussion wurde die Frage, ob Streikbruch vorliege, bejaht und die beiden Arbeitswilligen aufgefordert, die Arbeit niederzulegen, widrigenfalls Ausschluß aus der Organisation erfolge.

Deutsches Reich.

Metallarbeiter. Die Arbeiter der Metallwaren-Fabrik von Steinfeld u. Blasberg in Hannover (Hans- und Maschinen-geräte, Tafel- und Federwagen und Fleischmaschinen) beschloßen, gegen die seit langer Zeit vorkommenden Accordreduzierungen, schlechte Behandlung etc. Stellung zu nehmen. Sie verlangen die Festlegung der Accordtarife, sowie die Garantie eines Stundenlohnes von 38 Pf. bei der bestehenden 9 1/2 stündigen Arbeitszeit. Sollte der Fabrikant diese Forderungen nicht bewilligen, so werden sämtliche Arbeiter am 8. September d. J. die Arbeit niederlegen.

Wir ersuchen um strengste Fernhaltung des Zuganges von Schlossern, Drechern, Formern, Klempnern und speziell von Wagen-Justizern.

Die Ortsverwaltung Hannover des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Töpfer haben in Rendsburg eine Lohnhöhung durchgesetzt. Sie erhalten bei Landarbeit einen Wochenlohn von 24 M. und Kost, in der Stadt 27 M. Wochenlohn. Bisher wurden 18 M., 23 M. bezahlt. Der Tarif ist bis 1. April 1903 festgelegt. — Für die Werkstubearbeiter in Frankfurt a. O. ist ein Lokutarif mit Aufbesserungen von 5-8 Proz. geschaffen worden, der am 1. Oktober in Kraft tritt. — Bei der Firma Schöffel in Berlin ist ein Lohn-tarif vereinbart, der eine durchschnittliche Aufbesserung von 20 Proz. bringt und bis zum 1. Januar 1904 läuft.

Ausland.

Die Grubenarbeiter in St. Etienne beschloßen am Sonntag, durch Referendum festzustellen, ob im Loire-Revier am 12. September der Ausstand erklärt oder bis nach dem Grubenarbeiter-Kongress verschoben werden soll.

Der Ausstand der Arbeiter der Gasaufkalt in Valencia nimmt, wie W. Z. V. berichtet, mehr und mehr einen ersten Charakter an. Die Polizei verhaftete eine Anzahl Anführer.

Zum Kohlenarbeiterstreik in Amerika wird berichtet: Der Ausstand in den Kohlenbetrieben am Kanawha und am New River in West-Virginia, dem sich 15 200 Kohlengräber angeschlossen hatten, ist beendet. Die Ausständigen haben keine Zugeständnisse erreicht.

Sociales.

Die Zusammenkoppelung der Invaliden-Versicherungsanstalten zur teilweise gemeinsamen Lastentragung führte im Jahre 1901 dazu, daß 22 Versicherungsanstalten und sonstige Anstalteneinrichtungen für die 18 andern Lasten zu tragen hatten und zwar zusammen rund 7 1/3 Millionen Mark. Die belasteten Anstalten sind: Berlin, Bielefeld, Bielefeld, Hesse-Nassau, Rheinprovinz, Pfalz, Mittel-franken, Königsreich Sachsen, Baden, Großherzogtum Hessen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Hansestädte, Elsaß-Lothringen, die Pensionkasse der Preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, die Nord-deutsche Knappschaft, Saarbrücker Knappschaft, Pensionkasse der bayerischen Staatsbahnen, Pensionkasse der sächsischen Staatsbahnen, Pensionkasse der bairischen Staatsbahnen, Pensionkasse der Reichs-Eisenbahnen und Allgemeiner Knappschaftsverein Bochum.

Das beste Geschäft hat dabei die Versicherungsanstalt Ostpreußen gemacht: sie wurde um 45 Proz. entlastet; die Anstalt Niederbayern um 41 Proz., Westpreußen um 38 Proz., Posen um 35 Proz. usw.

Aus der Frauenbewegung.

Im politischen Verein zu tanzen wird den Frauen immer wieder verboten. Der Gesangsverein „Brudertiebe“ in Dahlenhausen (Ruhr) erhielt zu seinem Stiftungsfeste diese Polizei-Befugung:

Ihr Besuch vom 8. August d. J. um Abhaltung eines Stiftungsfestes unter Mitwirkung mehrerer auswärtiger Vereine (Gesang, Konzert und Ball) wird hiermit, falls an denselben Frauen teilnehmen sollten, auf Grund des § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 abgelehnt.

Die Polizei-Verwaltung, Dahlenhausen.

Frauenstimmrecht. Die Regierung von Neu-Schwaben will, wie gemeldet wird, die Frage des Frauenstimmrechts der Entscheidung der Frauen des Landes unterwerfen. Sollten sie sich für das Frauenstimmrecht aussprechen, so wollen die gesetzgebenden Körperschaften es einführen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

O, welche Lust, Soldat zu sein.

Chemnitz, 8. September. (W. Z. V.) Vom ersten und zweiten Bataillon des hier garnisonierenden 181. Infanterie-Regiments sind am ersten Marschtage zwischen Chemnitz und Hainichen 25 Mann infolge der großen Hitze gestorben, von denen ein Mann, welcher Familienvater ist, verstarb.

Frankfurt a. M., 8. September. (W. Z. V.) Gestern Abend wurde zwischen Höchst und Frankfurt a. M. vom D-Zug Nr. 50 der Sergeant Ritzel von der 3. Compagnie des 118. Infanterie-Regiments überfahren. Der Tod trat sofort ein.

Tivoli, 8. September. (W. Z. V.) Bei der Luftschiffer-Abteilung der im Raubder befindlichen Division von Rom Platzen drei Cylinder, welche die Verbindung der Reservoire mit dem Ballon herstellten; 14 Soldaten wurden verunndet, unter ihnen drei schwer.

Saint Agathe (Dep. Ardèche), 8. September. (W. Z. V.) Ein im Bau befindlicher Viadukt über die Eisenbahn stürzte heute vormittag ein. Neun Arbeiter wurden hierdurch getödtet.

Die Cholera in Aegypten.

Alexandrien, 8. September. (W. Z. V.) Am vergangenen Sonntag kamen in Aegypten 124 Erkrankungen an Cholera vor, davon 20 in Alexandria.

Ostern 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Zur Frage der preussischen Landtagswahlen.

In dem Artikel „Zur Landtagswahl-Frage“ in der Nummer 207 des „Vorwärts“ wird unter anderem auf einen Artikel des Unterzeichneten in den „Socialistischen Monatsheften“ Bezug genommen. Es geschieht dies jedoch in einer Weise, die meinen Standpunkt in der Frage nicht richtig wiedergibt. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes mag es mir erlaubt sein, meine Auffassung und die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen hier zusammenfassend darzulegen.

Die Beteiligung der Socialdemokratie an der preussischen Landtagswahl kann meines Erachtens unter dem Gesichtspunkte dreier Zwecke betrachtet werden:

- 1. Allgemeine Propaganda der socialistischen Grundzüge und insbesondere der socialistischen Gesellschaftskritik.
2. Aenderung der Zusammensetzung des Landtags durch Wahl socialistischer Abgeordneter und möglichste Schwächung der konservativ-merkantilen Mehrheit.
3. Kampf gegen das bestehende Landtags-Wahl-system.

In Bezug auf Punkt 1 besteht unter Socialisten keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß der Wahlkampf so viel als möglich für Propaganda in dem bezeichneten Sinne auszunutzen ist. Er kann also in der vorliegenden Diskussion als erledigt betrachtet werden.

Was Punkt 2 anbetrifft, so hat die Erfahrung gezeigt, daß selbst die lebhafteste Beteiligung der Socialdemokratie die konservativ-merkantile Mehrheit wohl verringern, aber nicht in eine Minorität verwandeln könnte. Das Dreiklassen-Wahl-system im Verein mit der bestehenden Ungleichheit der Wahlkreise bildet in dieser Hinsicht einen Wall, der durch eine bloße Wahlaktion nicht beiseite geräumt werden kann.

Ob irgendwo Aussicht besteht, socialistische Abgeordnete aus eigener Kraft der Socialdemokratie durchzubringen, wenn der Wahlakt ohne jede Unannehmlichkeit für die bürgerlichen Wähler verläuft, wird als sehr zweifelhaft bezeichnet werden müssen. Hier steht also die Frage der Obstruktion ein.

Da über den Begriff Obstruktion Meinungsverschiedenheit zu beobachten scheint, so will ich hier einschend bemerken, daß ich unter Obstruktion eine Handlung verstehe, die darauf abzielt, den Abschluß eines Unternehmens — hier also des Wahlaktes — entweder ganz zu verhindern oder mindestens bis auf einem gegebenen Punkt hinaus zu verlagern. Die Obstruktion ist ein durch die parlamentarische Praxis zwar eingeschränktes, aber prinzipiell legitimes Kampfmittel. Es haben sich schon die verschiedensten Parteien, und nicht zum mindesten die Konservativen ihrer bedient. Sie gilt insbesondere da als berechtigt, wo es sich um die Verhinderung der Vergeßlichkeit einer Minorität durch eine Mehrheit, oder der Vergeßlichkeit einer faktischen durch eine künstlich konstruierte Mehrheit handelt, und als unannehmbar, so lange sie auf dem Boden der für den betreffenden Volksteil vorgezeichneten Satzungen aufbaut.

Weißes trifft meines Erachtens für den vorliegenden Fall zu. Materiell, wenn nicht formell ist die ganze Landtagswahl nur eine einzige schreiende Vergeßlichkeit der Mehrheit durch die Minorität der Wähler, alle in unfern Reihen erörterten Vorschläge aber, welche diese Vergeßlichkeit bei der Wahl zu verhindern oder einzuschränken suchen, die Vorschläge des Genossen Krons voraus, gehen lediglich darauf hinaus, dies Resultat durch volle Ausnutzung der vom Gesetz oder Reglement selbst aufgestellten Wahlvorschriften zu erzielen. Ueber ihre politische Berechtigung kann bei Socialisten und Demokraten, aber ihre gesetzliche Zulässigkeit bei auch nur leidlich anständigen Politikern nicht der mindeste Zweifel obwalten. Ob für alle diese Vorschläge das Wort Obstruktion genau zutrifft, kann ja bestritten werden. Ich habe der Kürze halber alle Maßregeln, welche die Wirkung der Obstruktion in der einen oder andern Weise erzielen sollen, unter den Begriff Obstruktion zusammengefaßt. Da ich den Zweck, auf den sie insgesamt abzielen, von vornherein durchaus billige, ist die formale Unterscheidung für mich gegenstandslos. Für mich handelt es sich bloß um die sachliche Frage, inwiefern durch sie der gewollte Zweck auch erzielt werden kann.

Der Kronische Plan, durch intensive Beteiligung der socialistischen Arbeiter an den Wahlmännerwahlen, den andern Wählern die Wahl möglichst unangenehm zu machen, hat denn auch im Prinzip meinen rückhaltlosen Beifall. Etwas anders aber ist die Frage, inwiefern er durchführbar sein wird und was wir von seiner Durchführung erhoffen können. Nach den Erörterungen in der Presse müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß die Regierung durch den Erlass eines neuen Wahlreglements, zu dem ihr neben andern auch Eugen Richter einen Freibrief ausgestellt hat, den reaktionären Wählern zu Hilfe kommt. Zwar wird sie es durch kein Reglement erreichen, daß die alte Wahlbasis wieder hergestellt wird. Denn was den Spielbürgern das Wählen erleichtert, erleichtert es auch den Arbeitern und Socialdemokraten.

Aber sie wird doch möglicherweise so viel bewirken können, daß ein nennenswerter Teil der Mandate der dritten Wählerklasse ihren Parteigängern gesichert bleibt. In dem Maße, als dies geschieht, verringern sich die Aussichten auf Erlangung von Landtagsmandaten aus eigener Kraft der Socialdemokratie.

Bei der Abgeordnetenwahl würde es sich also dann darum handeln, ob, wo solche Erlangung ausgeschlossen ist, der ganze Wahlakt durch Verstehen auf Einhalten der Vorschriften unmöglich gemacht oder irgendwie mit dem Freisium kooperiert werden soll. In ersterer Hinsicht habe ich darauf verwiesen, daß gerade die Kreise, wo die Socialdemokratie in der Lage wäre, den Wahlakt unmöglich zu machen, auch diejenigen sind, wo sie gegebenenfalls stärkeren Einfluß auf die Wahl der Abgeordneten auszuüben vermag. Es wird also nötig sein, sich für das eine oder das andre vorher allgemein schützlich zu machen. In diesem Stadium der Wahl wird es heißen: Obstruieren oder wählen, nicht: obstruieren und wählen. Man kann, wie die Engländer sagen, seinen Kuchen nicht gleichzeitig aufessen und aufheben.

Ueber die Wahltaktik den Freisinnigen gegenüber habe ich mich mit solcher Zurückhaltung geäußert, daß es mir unerfindlich ist, wie der Verfasser des Artikels „Zur Landtagswahl-Frage“ aus meinen Ausführungen herauslesen konnte, er eröffne den Freisinnigen die Hoffnung, der von ihm früher entwickelten folgenschweren Entscheidung entgehen zu werden. Ich habe vielmehr die Frage ganz freigelassen, ob und welche Bedingungen an die Stimmabgabe für die Freisinnigen gestellt werden sollen, und bemerke ausdrücklich, daß, wo meine Genossen genug Wahlmänner haben, um Anspruch auf eigene Vertreter erheben zu können, man es meines Erachtens ihnen überlassen müssen, ob sie es für angemessen halten, die Freisinnigen kategorisch vor die Wahl zu stellen, entweder ihnen ein Mandat abzutreten oder sämtlicher socialistischer Stimmen verlustig zu gehen.“ (S. 669). Der Beschluß der Brandenburger Provinzialkonferenz wird demgemäß durch meinen Artikel in keiner Weise beeinträchtigt. Wogegen ich mich wende, ist lediglich der Gedanke, durchweg die Freisinnigen auf Grund ihrer sonstigen politischen Sünden durchfallen zu lassen. Solche „generelle Strafpolitik“, die zudem nie von der Partei befolgt worden ist, erkläre ich für ausgeschlossen.

Und selbst mit Bezug auf diesen Punkt verstehe ich nicht zu bemerken: „Zwar wie die Dinge zur Zeit liegen, und wenn es sich nur um die innerparlamentarischen Vorgänge handelt, so würde zweifelsohne sehr wenig am Gang der preussischen Gesetzgebung geändert, wenn auch der letzte Freisinnige aus dem preussischen Landtage verschwände.“ Der Verfasser des Artikels scheint diesen und

andre Sätze, die die „Vossische Zeitung“ begrifflichweise ignoriert hat, nicht gelesen zu haben, sie sind aber für meinen Standpunkt zur ganzen Frage durchaus wesentlich.

Ich bin zur Ueberzeugung gelangt, daß so lange das jetzige Dreiklassen-Wahl-system besteht und der Geist Eugen Richters die deutsch-freisinnige Partei befehligt, an eine nennenswerte Verschiebung der Parteiverhältnisse im preussischen Landtag nicht zu denken ist. Wo Eugen Richter entscheidet, dessen Segen ja auch dem unglaublichen, in jedem andern Lande moderner Entwicklung unmöglichkeit den Rechenungsbeschluß des Kreuznacher Genossenschaftstages nicht gefehlt hat, wird die Taktik, das Stimmen für Freisinnigkandidaten vom Stimmen dieser für socialistische Kandidaten abhängig zu machen, entweder zum Sieg des konservativ-ultramontan-national-liberalen Dreibundes oder zu einem Kompromiß des Freisinn mit diesem führen. Was unsere Wahlbeteiligung dazu beitragen kann, festes Blut und Leben in den Landtag zu bringen, wird durch Eugen Richters Einfluß auf der andern Seite weitgemacht werden. Höchstens daß der rechte Flügel der Freisinnigen sich, wie bei andern Gelegenheiten, so auch hier etwas weniger konsequent zeigte, wie Richter, aber viel andern würde das auch nicht. Ob aber 20 oder 30 Freisinnige in den Landtag einzeln, ist für den Gang der Gesetzgebung in Preußen, so weit er von Vorgängen im Landtag abhängig ist, recht nebensächlich.

Diese Erkenntnis hat mich zu der Ueberzeugung gebracht, daß der Schwerpunkt des Kampfes gegen das Dreiklassen-Wahl-system in Preußen — ein Kampf, der meines Erachtens immer notwendiger wird — außerhalb des Parlamentes gesucht werden muß. So dringend ich es wünsche, daß es uns gelingen möge, durch unsere Beteiligung an der Landtagswahl den Wall des Dreiklassen-Wahl-systems zu durchbrechen und einige der Unrigen in den Landtag zu bringen, so sehr ich in der Beteiligung selbst ein Mittel erblicke und wertichätze, den Kampf in Fluß zu erhalten, so sehr bin ich der Ansicht, daß noch stärkere außerparlamentarische Mittel, als die bloße Wahlaktion, nötig sein werden, um eine wirkliche Reform des preussischen Landtags-Wahl-systems auf die Tagesordnung zu bringen. Von diesem Gedanken aus habe ich erklärt, daß ich der Vermöglichkeit des Wahlaktes durch Ausnutzung der gesetzlichen Wahlbestimmungen nur dann größere Bedeutung beilegen kann, wenn sie als ein Mittel unternommen wird, den Stein des Kampfes wider das ganze Wahl-system in kräftigere Rollen zu bringen, daß sie nur als „Einführung oder Episode einer nachhaltigen, allgemeinen und systematischen Aktion gegen das preussische Landtags-Wahl-system größeren praktischen Wert hat“. Andernfalls würde sie nur den Erfolg haben, daß das Wahl-system gerade soweit verbessert wird, als es den Regierungsparteien recht un bequem ist.

Ob es möglich sein wird, mit der Landtags-Wahlaktion oder an sie anknüpfend eine solche stärkere, außerparlamentarische Aktion zu stande zu bringen, soll hier unerörtert bleiben. Ich verbehle mir die Schwierigkeiten der Sache nicht, bin aber der Ueberzeugung, daß wir nicht um diese Frage herumkommen werden. In mehr als einer Hinsicht ist das preussische Landtags-Wahl-system eine feste Verbindung für die Demokratie und den sozialen Fortschritt. Nur dank seiner spielt das agrarische Junkertum noch die große Rolle in Deutschland, nur dank seiner konnten die wucherischen Agrarjölle auf die Tagesordnung gesetzt werden, welche die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland so schwer bedrohen, daß selbst ein Schaffte sich gedrungen gesehen hat, es für das größte nationale Unglück zu bezeichnen, wenn dieser Postarat Gesetz würde. Die Frage dieses Parist hat die Gemüter in Deutschland in hohe Erregung versetzt. Diese Erregung wird sich im kommenden Winter voraussichtlich noch steigern und wird ihren Höhepunkt erreichen, wenn die Wähler bei der Reichstagswahl über die ganze Volkspolitik zu entscheiden haben werden. Unter der Nachwirkung dieses Kampfes wird die Landtagswahl stattfinden. Erst von der Situation, die er schafft, wird es zuletzt abhängen, welche parteipolitische Wahltaktik die Socialdemokratie bei der Landtagswahl befolgen wird. Entspricht er aber den Erwartungen, die man nach den bereits gegebenen Vorgehen an ihn knüpfen kann, dann wäre es der größte Fehler, das Eisen nicht zu schmieden, so lange es heiß ist. Zwischen dem heutigen Agrarwucher und dem Dreiklassen-Wahl-system besteht ein organischer Zusammenhang, behalten wir ihn stets im Auge, um, wenn es irgend geht, mit dem Mantel auch den Herzog zu Fall zu bringen.

Berlin, 8. September 1902. Ed. Bernstein.

An die Verwaltungen und Mitglieder der Konsumvereine und Produktiv-Genossenschaften Deutschlands.

Kreuznach, den 5. September 1902. Genossenschaftler!

Durch die Tagespresse werdet Ihr bereits in Kenntnis gesetzt sein von dem Ereignis, welches sich in Kreuznach auf dem Allgemeinen Genossenschaftstag abgespielt hat. 98 Vereine und die Großeinlauf-Gesellschaft deutscher Konsumvereine wurden auf Antrag der Verbandsleitung aus dem Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftlich-Genossenschaften ausgeschlossen.

Weshalb? Es ist unglücklich aber wahr — weil dieselben hinreichend verächtlich erschienen, dem Konsumvereins-Prinzip christlich und treuen Ausdruck vor aller Welt geben zu wollen, weil der Herr Anwalt von ihnen annimmt, daß sie das heuchlerische Spiel nicht mitmachen werden, unter den Fittigen des Allgemeinen Verbandes die Interessen von Krämlern und Konsumvereinen gemeinsam wahr zu wollen. — Wie Euch bekannt, begannen die Differenzen hierüber in Hannover, wo unter dem fast einstimmigen Protest der Konsumvereins-Vertreter beschlossen wurde, die Kleinbändler in Genossenschaften zu organisieren und dieselben in den Allgemeinen Verband aufzunehmen. Schon damals lehnte der Herr Verbandsanwalt denjenigen, die den Mut hatten, seinen Intentionen zu widersprechen: Die Krämern durch den Allgemeinen Verband vor der Konkurrenz der distributiven Organisationen, also auch der Konsumvereine, zu schützen, den Stuhl vor die Thür. Als nun die sächsischen Konsumvereine in größerer Zahl dem Allgemeinen Verband beitreten und offen ihre Absicht kundgaben, für einen Zusammenschluß sämtlicher Konsumvereine im Allgemeinen Verband wirken und in demselben die Interessen der Konsumvereine wahren zu wollen, schuf der Herr Anwalt den bekannten Revers. Ein Teil der sächsischen Konsumvereine unterließ es ohne weiteres, weil sie sich speziell in Sachen von jeglicher Absicht frei wählen, durch die Konsumvereine politische Zwecke fördern zu wollen. Der Plan des Herrn Anwalts, eine Centralisation sämtlicher Konsumvereine im Allgemeinen Verband zu veranlassen, war nicht erreicht worden.

In Baden-Waben kam es über den Revers zu einer scharfen Auseinandersetzung. Der Herr Anwalt erklärte sich schließlich bereit, in den von ihm entworfenen Thesen den Satz: „daß es nicht zu den Aufgaben der Konsumvereine gehöre, politische Zwecke zu fördern“, dahin abzuändern, daß keine Parteipolitik in den Konsumvereinen geübt werden dürfe. Die Konsumvereins-Vertreter stimmten diesen Thesen als etwas ganz Selbstverständliches ohne weiteres zu. Das weitere Vorgehen des Herrn Anwalts läßt darauf schließen, daß ihm diese Zustimmung durchaus nicht angenehm war, sein diesjähriger Jahresbericht zeigt sogar, daß es in seinen Intentionen lag, alle Konsumvereine, welche sich nicht mit ihm für die Organisation von Krämlern begeistern wollten, einfach als socialdemokratische Genossenschaften zu denunzieren. Eine Reihe Konsumvereine, welche er als „moderne“ bezeichnete, wurden durch ihn von der Aufnahme zurückgewiesen. Dies Vorgehen rief in den Kreisen der Konsum-

vereine heftigen Widerspruch hervor, die sich auf den Unterverbands-tagen dadurch äußerte, daß Anträge für den Allgemeinen Genossenschaftstag in Kreuznach beschloffen wurden, die selbstherrliche Diktatur des Anwalts im Allgemeinen Verband aufzuheben und den verschiedenen Genossenschafts-Gattungen und den von ihnen gewählten Verbands-Direktoren das Beschließungsrecht über Aufnahme neuer Vereine einzuräumen.

Diese, nach den Grundzügen des Genossenschaftsgesetzes einfach selbstverständliche Forderung des Selbstbestimmungsrechtes, beschloß nun die Verbandsleitung durch eine Ueberrumpelung zu vereiteln. Ohne einen bestimmten Antrag auf generelle Ausschließung einer derartig großen Anzahl von Genossenschaften in der Tagesordnung vorher bekannt zu geben, ohne auch nur die betreffenden Vereine davon in Kenntnis gesetzt zu haben, beantragte die Verbandsleitung in Kreuznach beim Zusammentritt des Allgemeinen Genossenschaftstages den Ausschluß von 98 Konsumvereinen, von denen eine ganze Anzahl nicht einmal durch Delegierte vertreten waren. Ja, die Verbandsleitung und die durch dieselbe aus allen Teilen Deutschlands zusammengetrommelten Kreditvereiner hatten es so eilig mit dem Ausschluß, daß sie die ordnungsgemäße Abwicklung der Tagesordnung aufhoben und schleunigst den Ausschlußantrag zur Verhandlung brachten.

Es wurde abgelehnt, den bei der Sache zumeist interessierten Konsumvereinen die Angelegenheit zur Vorbereitung zu überweisen; es wurde abgelehnt, den Vertretern der Konsumvereine, deren Ausschluß beantragt war, das Wort zur Abwehr der gegen sie erhobenen Angriffe zu gestatten; — die Herren Kreditvereiner machten den Genossenschaftstag zu einem Rekrutgericht, bei dem der Herr Anwalt den Inquisitor spielte, der — des Urteils von vornherein sicher — sich nicht einmal der Mühe unterzog, für jeden Angeklagten einen Antrag auf Beurteilung besonders zu stellen und zu begründen.

Summarisch stellte der Anwalt seine Anträge; nachdem zwei Redner dagegen gesprochen, wurde Schluß gemacht und nachdem der „Oberstaatsanwalt“ nochmals in der demagogischsten Weise seinen Opponenten die Worte im Munde umgedreht hatte, abgestimmt.

Für den Antrag stimmten sämtliche Kreditvereiner und auch einige wenige Delegierte von Konsumvereinen, die noch nicht zur vollen Erkenntnis ihrer genossenschaftlichen Aufgaben gelangt waren. Charakteristisch für den Geist, der diesen Genossenschaftstag befeuerte, ist es, daß unter der lebhaften Zustimmung des Chores der Kreditvereiner ein „Rechts“anwalt erklären konnte: „Meine Herren, heute besitzen sie noch die Macht, wer weiß, ob sie dieselbe im nächsten Jahre noch haben werden, um den Ausschluß durchzusetzen zu können, deshalb handeln Sie, ehe es zu spät ist.“

Einigen Konsumvereins-Vertretern, deren Vereine nicht mit auf der Proscriptionsliste standen, rief der Herr Anwalt zu: „Sie kommen noch, wenn Sie nicht freiwillig gehen.“

Der freisetztliche Beifall, der diesen Worten des Herrn Anwaltes seitens der Kreditvereiner folgte, ist Beweis genug dafür, daß es für den Ausschluß eines Vereins — genau so wie in Kreuznach — auch auf späteren Genossenschaftstagen genügt, wenn der Herr Anwalt erklärt, die Tendenzen des Vereins seien dem Prinzip des Allgemeinen Verbandes, an der Erhaltung des Mittelstandes mitzuarbeiten, zuwider. Durch die Proklamierung dieses in Kreuznach zum ersten Mal offen ausgesprochenen Prinzips der Mittelstandsretterei ist das fernere Verbleiben von Konsumvereinen im Allgemeinen Verband überhaupt unmöglich gemacht. Fälschlich hat der Herr Anwalt behauptet, seine Opponenten verfolgten die Absicht, den Mittelstand zu vernichten. Erklärt wurde einfach:

„Wir Konsumgenossenschaftler arbeiten unangesezt an der Entwicklung unserer Organisationen; wir durch dieselben den Krämlern eine Konkurrenz gemacht, so können wir es nicht hindern. Wir sind der Meinung, daß, wie in England, ebenso in Deutschland auf dem Gebiete des Großhandels die Entwicklung vor sich gehen wird, daß die Zwergebetriebe allmählich größeren, vollkommeneren Institutionen entweder folgen oder den Großkapitalen oder den Konsumvereinen weichen werden.“

Nach der in Kreuznach den im Verband verbleibenden Konsumvereinen auferlegten Pflicht, an der Erhaltung des Mittelstandes mitzuarbeiten, müssen dieselben sich darauf beschränken, kleine, bedeutungslose, den Krämlern keine Konkurrenz bereite Einrichtungen zu schaffen. Sobald ein Konsumverein größer wird, sobald er die ihm gestellte Aufgabe zur Wahrung der Interessen seiner Mitglieder ernst nimmt, wird er — ob mit oder ohne Absicht — dazu beitragen, daß diesen oder jenen parasitischen Zwischenhändlern die Existenz erschwert wird — ergo verfolgt er nach der Vogt des Herrn Verbandsanwalts die Tendenz, den Mittelstand zu vernichten und flieht hinaus aus dem Allg. Verband. Genossenschaftler!

Heute, am 4. September, versammelten sich die Vertreter von 74 Konsumvereinen und beschloffen die Gründung eines Verbandes der Konsum- und Produktivgenossenschaften Deutschlands.

Genossenschaftler! Von heute ab ist den Interessen und den Würde eines Konsumvereins und einer Produktivgenossenschaft widersprechend, noch länger Mitglied des Allgemeinen Genossenschaftsverbandes zu bleiben. Wir ermahnen Euch allerorten, die vorbereitenden Schritte in den Generalversammlungen Eurer Vereine zu unternehmen und Euer Verwaltungen zu beauftragen, sobald die heute von den unterzeichneten Vertretern der Konsumvereine eingesetzte Kommission bekannt gibt, daß die Vorarbeiten zur Gründung des neuen Verbandes beendet sind, den Austritt aus dem Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftlichgenossenschaften und den Beitritt zum Verbande der Konsum- und Produktivgenossenschaften Deutschlands zu erklären.

Genossenschaftler! Es gilt die Einigung sämtlicher Konsum- und Produktivgenossenschaften in einen Verband zu schaffen; es gilt, mit aller Energie an der Entwicklung und der Wahrung der Interessen unserer Genossenschaftler zu arbeiten — wir appellieren an Euer Selbstbewußtsein — wir erwarten, daß Ihr als Genossenschaftler handeln werdet, wozu Ihr verpflichtet seid — um dadurch die Absichten der im alten Verband organisierten Gegner der Konsumvereins-Bewegung zu vereiteln. Heute gilt es kein Jaudern mehr; wer die Organisation der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften groß und stark machen will, der wicke mit aller Entschiedenheit für den Verband der Konsum- und Produktivgenossenschaften Deutschlands!

Die Kommission: Madestock (Verbandsdirektor, Dresden), Barth (Verbandsdirektor, München), Schmidtchen (Hamburg), Busch (Dresden), Khamann (Braunschweig), Brinkmann (Eberfeld), Kayenfeld (Mannheim).

Zu Vertretung nachstehender Vereine: Konsumvereine: Oshag, Goldlander, Gera, Jüvenau, Mörsdorf, Chemnitz, Nieder-Rabenstein, Nieder-Selb, Bischofsroda, Löbau (Vorwärts), Dresden (Vorwärts), Deuben, Niederwölitz, Gräna, Oelszig, Döberitz, Einbe, Leipzig, Plogwitz, Magdeburg, Reinsdorf, Remmiser, Gommern, Stötteritz, Ansbach, Pöschappel, Harburg, Schwabich-Gmünd, Mannheim, Döllitz, Schweinfurt, Erlangen, Weilmünster, Trotha, Löbau, Calbe a. d. S., Hamburg (Produktion), Gildesheim, Großschönau, Köhlerbroda, Wittenberge, Dessau, Reicha, Frankenthal, Neutlingen, Stettin, Berlin-Est, Schadowitz, Gersdorf, Mainz, Emsbarn, Kiel, Stendal, Soltan, Düsseldorf, Dresden-Vieschen, Schinshede, Cammin, Brannschweig, Schorndorf, Hermsdorf, München, Schleiberg, Eberfeld, Barmen, Vodenheim, Pölzig, Stedau, Stadt-Sulza, Produktivgenossenschaft Väderei-Arbeiter in Hamburg, Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg, Produktivgenossenschaft der Schneider Dresden, Großeinlauf-Gesellschaft Hamburg.

Alle Anfragen zu richten an: M. Madestock, Dresden-R., Bürgerstr. 50.

Donnerstag, den 11. September,
abends 8 Uhr

17 Volks-Versammlungen

in nachstehenden Lokalen:

1. Wahlkreis: Cohns Festfale, Benthstr. 20.
2. " " Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
3. " " Buggenhagen, Moritzplatz.
4. " " O., Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11.
" " Walter, Gr. Frankfurterstr. 117.
" " SO., Urania, Brangelstr. 9-10.
5. " " Schweizer Garten, am Königsthor.
6. " " Moabit, Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.
" " Wedding, Germania-Säle, Chausseestr. 103.
" " Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen,
Weimanns Volksgarten, Badstr. 60.
" " Schönhauser Vorstadt, Wernau, Schwedter-
straße 23.

Nieder-Barnim: Friedrichsberg, Höflichs Schwarzer Adler,
Frankfurter Chaussee 120.
Weißensee, Albrechtshof, Parkstr. 13.
Pankow, Ebersbachs Kurfürsten-Säle,
Berlinerstr. 102.

Teltow-Beeskow: Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Schöneberg, Obst, Meiningerstr. 8.
Rixdorf, Gröppler, Bergstr. 147.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Protest gegen Fleischwucher und Grenzsperr.
 2. Diskussion.
- Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten)

Dienstag, den 9. September, abends 8 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Paul Singer über: 1903 ein Jahr der
Wahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 244/7
Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen Mittwoch, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen am Moritzplatz

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die mit den Vertretern der Meistervereinigungen gepflogenen Ver-
handlungen über Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises und Stellungnahme zu
den gemachten Vorschlägen.
 2. Bericht über die mit den Vertretern der Meistervereinigungen gepflogenen Ver-
handlungen über Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises und Stellungnahme zu
den gemachten Vorschlägen.
 3. Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstätte Delegierte zu entsenden. Nach den
bestehenden Beschlüssen haben die Werkstätten bis 10 Kollegen einen Vertrauensmann, von 10 bis
20 Kollegen zwei, von 20-30 drei usw. zu senden.
 4. Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert.
- Die Ortsverwaltung.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 10. September 1902, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den Bornsfa-Sälen, Adlerstraße 6/7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Davidsohn über: „Lassalles Leben und Wirken“. 2. Dis-
kussion. 3. Aufstellung von Kandidaten zur Gewerbegerichtswahl. 4. Abrechnung vom
Stiftungsfest. 5. Verschiedenes.
- Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend erforderlich.
130/5 Der Vorstand.

Achtung! Metallarbeiter!

Mittwoch, den 10. September 1902, abends 8 1/2 Uhr:

5 öffentl. Metallarbeiter-Versammlungen

in folgenden Lokalen:
Ballshnieder, Badstraße 16, Keller, Stoppenstraße 29, Urania, Brangelstraße 9/10,
Graumann, Raumnstraße 27, Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

Unser gegenwärtigen Streiks. Die Lohnbewegung der Bauklemper.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Einberufer: Cohen.

Bekanntmachung der Orts-Krankenkasse für das Barbieregewerbe.

Neunte Abänderung
zu dem Statut der Orts-Kranken-
kasse für das Barbiergeverbe zu
Berlin.

Artikel I
Die §§ 12, 13, 19, 28, 29, 34 u. 35 I,
41, 42, 51 und 53 dieses Statuts
werden wie folgt abgeändert:
„Nachst für die Bemessung der
Unterstützungen und Beiträge (durch-
schnittlicher Tagelohn).“

§ 12
Als Maßstab für die Bemessung
der Kasseneinlagen und Beiträge gilt
der für die betreffenden Mitglieder in
Betracht kommende durchschnittliche
Tagelohn. Der durchschnittliche Tage-
lohn ist bis auf weiteres festgesetzt:
a) für männliche Mitglieder über
16 Jahren einschließlich der
Vehtlinge auf 3 Mark.
b) für männliche Mitglieder unter
16 Jahren und für Vehtlinge
auf 1,50 Mark.

(Festgelegt durch Ober-Präsidential-Erlass
vom 24. März 1902, D. P. 5401.)
§ 13
Im Falle der Erwerbsunfähigkeit
vom dritten Tage nach dem Tage der
Erkrankung ab für jeden Arbeitstag
ein Krankengeld und zwar:
a) für Mitglieder der ersten Klasse
von 1,50 Mark;
für Mitglieder der zweiten Klasse
von 0,75 Mark.

§ 19
Für den Todesfall eines Mitgliedes
gewährt die Kasse ein Sterbegeld:
a) für Mitglieder der 1. Klasse von
60 Mark;
b) für Mitglieder der 2. Klasse von
30 Mark.

§ 26
Die wöchentlichen Kasseneinträge be-
tragen:
a) für erwachsene männliche Kassens-
mitglieder über 16 Jahre einschließ-
lich der Vehtlinge 48 Pf.
b) für männliche Kassensmitglieder
unter 16 Jahren und für Vehtlinge
24 Pf.

§ 29
Die Beiträge und Eintrittsgelder
sind an den Rentanten im Kassensaal
einzuzahlen.

§ 34 Absatz 1.
Jedem Mitglied wird ein Kassens-
buch und eine Quittungskarte oder
Quittungsbuch ausgestellt. Ver-
lorene oder sonst abhanden gekommene
Bücher werden auf Kosten des Be-
reiters gegen Zahlung von 25 Pf.
erneuert.

§ 41
Bei Stimmengleichheit gilt der An-
trag als abgelehnt.

§ 42
Der Vorsitzende hat die Vorstands-
mitglieder mindestens 24 Stunden
vor der Sitzung schriftlich einzuladen.

§ 51
Bei Stimmengleichheit gilt der An-
trag als abgelehnt.

§ 53
Die Rechnungs- und Kassensführung
wird unter Beobachtung der Vor-
schriften des Krankenversicherungsgesetzes
der von der höheren Ver-
waltungsbehörde auf Grund des § 41
Absatz II dieses Statuts erlassenen An-
ordnungen und der Bestimmungen
dieses Statuts, sowie nach Maßgabe
der vom Vorstand und der General-
versammlung gefassten Beschlüsse von
einem Rentanten wahrgenommen,
welcher vom Vorstand auf ein Jahr
angestellt wird. Das Amt des
Rentanten unterliegt einer drei-
monatlichen Rühmung und zwar
vom 1. Januar zum 1. April.

Artikel II
Vorstehende Abänderungen treten
mit dem Montage nach statutenmäßig
erfolgter Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 1. Juli 1902.

Der Vorstand
für das Barbier-Gewerbe.
V. Kistchmann, P. Schroll,
Vorsitzender, Schriftführer.

Genehmigt
Berlin, den 20. August 1902.
Namens des Bezirks-Ausschusses
Abteilung II
Der Vorsitzende, J. B. Eiler.
H.C. 100/1. 02.

Sonnabend, der 18. Oktober,
freigeworden, ist anderweitig an
Serrine zu vergeben! 50099*

Buß Salon,
Große Frankfurterstraße Nr. 85.

36 Mark
elegante Winter-Paletots,
30 Mark
hochfeine Herren-Anzüge,
12 Mark
schwere Winter-Beinkleider.
Guter Stoff, tabelloser Sitz.
11. Krausenstr. 14.
1 Treppe. Tel. Amt I Nr. 5708 1 Treppe.

III. Wahlkreis.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 9. d. Mts., abends 1/2 Uhr pünktlich im Dresdener
Garten, Dresdenerstraße 45:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Schriftstellers Schütte:
„Zwei Lockspiegel.“ Verschiedenes. — Aufnahme neuer Mitglieder. 240/17
Um zahlreichen Erscheinen bittet Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 9. September, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

bei Daase, Brunnenstraße 151.
Tages-Ordnung: 1. Arbeitslosen-Versicherung und Socialdemokratie.
Referent: Genosse J. Kalliski. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 240/2
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.
Der Jahrestag findet wegen öffentlicher Versammlungen nicht
am Donnerstag, den 11., sondern den 18. September statt. D. O.

Konsum- u. Produktiv-Genossenschaft Berlin-Rixdorf.

Donnerstag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses,
Tages-Ordnung:
1. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
2. Statutenänderung.
3. Anträge.
4. Verschiedenes. 126/15*
Anträge der Mitglieder müssen bis zum 6. September in Händen des
Vorstandes sein. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.
Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.
C. Schumann. Schulz, Dresdener.
*) Antrag Herrmann und Genossen: Eröffnung einer neuen Verkaufsstelle in Berlin SO.

Oeffentliche Versammlung der Steinseher-Hilfsarbeiter

Samstag, den 14. September, nachmittags 12 1/2 Uhr,

bei Nümann, Berlin N., Brunnenstr. 188. 174/2*
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Verbandsvorsitzenden H. Außl
über die Frage: Welche Schritte sind zu thun, um die traurigen Lohn- und
Arbeitsverhältnisse der Steinseher-Hilfsarbeiter zu verbessern? 2. Dis-
kussion und eventuelle Beschlußfassung betr. Gründung einer Hilfsarbeiter-
Organisation. 3. Verschiedenes. Der Einberufer.

Bleiglasler, Glasmler u. Messingglasler.

Mittwoch, den 10. September, abends 8 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20:
Grosse öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
Bericht über den Streik. Verschiedenes. Freie Aussprache.
Die arbeitenden Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu
erscheinen. 75/4 Die Lohnkommission.

Centralverband der Maurer Deutschlands Zahlstelle Charlottenburg.

Mittwoch, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr,
im kleinen Saale des Volkshauses, Rosinenstraße 3:
Außerordentl. Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Silberstein über: „Der steigende
Einfluß der Gewerkschaftsorganisation auf die Lebenshaltung der Arbeiter.“
2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Werte Kollegen! In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tages-
ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu
erscheinen. 140/20
Es erwartet recht regen Besuch Die örtliche Verwaltung.

Socialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Mittwoch, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale von Münzer, Ansebeckstraße 113.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Silberstein über: „Alkohol und die
Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereins-
angelegenheiten, Verschiedenes und Fragelosen. 232/14
Frauen und Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.
Um zahlreichen Erscheinen bittet

Wahlverein Lichtenberg.

Dienstag, den 9. September, abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung

im Saale des Herrn Höflich, Frankfurter Chaussee 120.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Steiner
über: „Die Kunst und die Arbeiter.“ 2. Bericht von der Kreislohnferenz.
Gäste gerne gesehen. Frauen ist die Galerie reserviert.
14/7 Der Vorstand.

Dänischen Anker-Kautabak

Feinste Marke 5 und 10 Pf.-Zahlfen.
Nur echt, wenn sich im Tabak der Firmenname mit Anker befindet.
Generalvertreter: C. Becker, Berlin, Grüner Weg 8, Amt 7, 3881

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.
Plomb. 1,50 M. Reparatur. sof. Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse.
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
(Haus Schaarwächter.) Sprechst. 9-7 Uhr. 35/11*

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereine! Dienstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, finden die Partei-Versammlungen statt, in denen die Berichterstattung von der Brandenburgischen Provinzial-Konferenz, vom Münchener Parteitag, sowie der sämtlichen Partei-Funktionäre erfolgt und deren Neuwahl stattfindet. Die Parteigenossen werden ersucht, an diesem Tage andre Versammlungen nicht einzuberufen. Die Vertrauensleute.

Achtung, Parteigenossen! Donnerstag, den 11. September, abends 8 Uhr, finden in sämtlichen Wahlkreisen Berlins und Umgebung Protest-Versammlungen gegen den Fleischwucher statt. Die Parteigenossen werden ersucht, für den regen Besuch der Versammlungen zu agitieren. Näheres im Inseratenteil und an den Aufschlagkäulen.

Die Vertrauensleute.

Dritter Wahlkreis. Dienstag, den 9. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45, Versammlung des Wahlvereins. Vortrag des Genossen Max Schütte über das Thema: „Zwei Lothspiegel“. Diskussion. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Der Schwargendorfer Wahlverein hält Dienstagabend 8 Uhr eine Versammlung ab, zu der auch Gäste Zutritt haben. Tagesordnung: 1. Die Brandenburgische Provinzialkonferenz. 2. Gemeinde-Angelegenheiten.

Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, Vereinsversammlung bei Herrn Richter, Chausseestraße 104. Vortrag des Schriftstellers Genossen Max Schütte über: „Zwei Lothspiegel“. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Die restierenden Vereinsmitglieder werden dringend ersucht, die Beiträge vor Beginn der Versammlung zu entrichten.

Ober-Schönefeld. Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet bei Kaufhold die Versammlung des Wahlvereins statt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Lokales.

Eine Frage, die für Krankenkassen-Mitglieder durchaus wichtig ist, soll in nächster Zeit durch die zuständigen Instanzen entschieden werden. Eine Witwe H., die zu Hause für ein hiesiges Geschäft Gratulationskarten anfertigt, war nach Inkrafttreten des Berliner Ortsstatuts betreffend die Krankenversicherung der Heimarbeitenden veranlaßt worden, aus der Ortsklasse für Buchbinder, der sie jahrelang angehört hatte, auszutreten und bei der Ortsklasse der Lithographen und Steindrucker Mitglied zu werden. Soweit gut. Als die Frau jedoch am 1. Juli dieses Jahres von Berlin nach Mummelsburg zog, erhielt sie vom Vorsitzenden ihrer Klasse, Herrn Stuhmann, die Mitteilung, daß sie wegen Verlegung ihres Wohnsitzes nicht mehr Mitglied bleiben könne und daher als ausgetreten zu betrachten sei. Die Frau ist aber nach wie vor bei dem alten Unternehmer beschäftigt, und da weder im Ortsstatut der Stadt Berlin noch im Krankenversicherungs-Gesetz eine Bestimmung enthalten ist, die dem Vorstand im vorliegenden Fall die Pflicht auferlegt, die Versicherten von der Mitgliedschaft auszuscheiden, so will Frau H. bei der zuständigen Behörde Beschwerde einlegen. Sie ist der Ansicht, daß der Wohnsitz des Betriebsinhabers und nicht ihr eigener Wohnsitz für die Mitgliedschaft bestimmend ist. Demerkt sei übrigens, daß die in Betracht kommende Krankenkassen-Arbeiterinnen zu Mitgliedern zählt, die in Friedrichshagen wohnen. Diese sind, wie uns versichert wird, bisher vom Ausschluß nicht betroffen worden.

Rudolf Virchow's Leichnam wird in einem prachtvollen Sarge im Festsaal des Rathhauses, inmitten eines Lorbeerhaines, aufgebahrt werden. Zur Rechten des Sarges soll das im Senatensaal des Rathhauses befindliche Bildnis des Verstorbenen, zur Linken das flammende Banner der Stadt Berlin aufgestellt werden. Das große Kongreg-Gemälde Prof. v. Berners, vor welchem die Aufbahrung geschieht, wird verhüllt werden. Aus dem Grän der den Sarg umgebenden Bäume und Blattpflanzen werden hohe Stängel mit zahlreichen Kerzen emporragen. Rechts neben dem Sarge wird sich die Redner-Tribüne erheben, von welcher aus Prediger Kirms, Prof. Waldeyer und Oberbürgermeister Kirchner den Toten ihren Nachruf widmen werden. Die gärtnerische Ausschmückung des Festsalles etc. hat der städtische Gartendirektor Mählig übernommen. Zu der heute Vormittag stattfindenden Kranzerfeier werden vom Magistrat und den Stadtverordneten Karten ausgegeben, welche als Legitimation zum Eintritt in den Festsaal dienen. Die Mitglieder der städtischen Behörden, sowie die Bezirksvorsteher erscheinen in Amtstracht mit der Kette. Den Trauerzug, der sich in der König- und Lindenstraße ordnen wird, eröffnet ein Musikcorps, sodann folgen die Träger des Nierenkranzes, welchen die städtischen Behörden gespendet haben, die wissenschaftlichen, studentischen etc. Vereine und Deputationen etc. Hinter dem Leichenwagen, welchen der Träger des Ordenskränzes voranschreitet, folgen die Familienmitglieder, die etwa erschienenen Ehrenbürger der Stadt Berlin, sowie die Stadtältesten, sodann die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, die Bürgerdeputierten, Bezirksvorsteher und städtischen Beamten derjenigen Deputationen etc., welchen der greise Gelehrte angehört hat. Den Beschluß des Zuges wird eine lange und stattliche Reihe von Trauerwagen bilden. Städtische Beamte und Militäer werden den Zug mit umförmlichen Marschallmäßen begleiten. Vom Rathaus wird der Trauerzug folgenden Weg nehmen: Köpenickerstraße, Spandauer- und Kaiser-Wilhelm-Straße, Lustgarten, Unter den Linden, Opernplatz, Katholische Kirche, Wehnenstraße, Marktaffenstraße, Schillerplatz, Lindenstraße, Belle-Alliance-Platz, Belle-Alliancestraße, Post- und Köpenickerstraße bis zum Fiechhof am Groß-Wörschen-Bahnhof.

Virchow und das Vanosytkum. In Virchow hat die berühmte Gilde der Schausteller gewissermaßen ihren Schuttpatron verloren. Seit vielen Jahrzehnten war es der dahingegangene große Gelehrte, der alle „Abnormitäten“, mit denen die Schausteller von Ort zu Ort reisen, zu untersuchen begab, der Medizinischen oder Anthropologischen Gesellschaft, wie nicht minder seinen Schülern vorzuführen pflegte. Nerven und Jergere, Skelettmenschen und Schlangemenschen, unempfindliche Faltiere und Wesen mit den verschiedensten außerordentlichen körperlichen und geistigen Fähigkeiten, endlich auch alle Sorten von „Wilden“ und Angehörige interessanter Volkstämme aus den entferntesten Gegenden sind Virchow vorgestellt und von ihm eingehend wissenschaftlich geprüft worden. Virchow's Zeugnisse hatten, als Beweise für die Echtheit der ausgestellten Wunder und Kuriositäten, in der Schaustellerwelt einen ganz besonderen Wert. Aus aller Herren Ländern kamen deshalb die Inspektoren von Abnormitäten nach Berlin zu Virchow, dessen Zeugnisse oft in alle möglichen Sprachen überlegt wurden, und da sie überall in hohem Ansehen standen, oft die Grundlage wurden, auf der die Schausteller ihre Existenz aufbauten. Andererseits haben diese Untersuchungen wiederholt für die Wissenschaft neue bedeutsame Ergebnisse geliefert.

Durch die Uebergriffe eines Hochbahn-Beamten ist dieser Tage ein hiesiger Einwohner großen Unannehmlichkeiten ausgesetzt worden. Wenn die Wagen dritter Klasse überfüllt waren, hatte unser Gewährsmann schon mehrfach sich beim Schaffner ein Zuschlagsbillet zu fünf Pfennig gelöst und war im Wagen zweiter Klasse gefahren.

So auch neulich morgens. Er zeigte seine Fahrkarte dritter Klasse vor und forderte das übliche Zuschlagsbillet. Statt ihm solches zu verabfolgen, herrschte ihn der Beamte an, daß er seine „Papiere“ vorzeigen müsse und wegen Betruges verfolgt werde. Erst auf der folgenden Haltestelle verkaufte der Schaffner dem Passagier das Billet, beim Aussteigen auf der Station Zoologischer Garten richtete der Beamte an den Fahrgast jedoch das Ersuchen, ihm zur Polizei-Wache zu folgen, damit seine Personellen festgesetzt werden könnten. Der gutmütige Passagier ging auch mit auf die Wache am Zoologischen Garten. Dort aber gab es kein Telephon und da der Verbrecher auf Umständlichkeiten bei der Hochbahnfahrt nicht gerechnet hatte und daher keine Ausweispapiere bei sich trug, stand der Beamte betrübt und ratlos da. Das hat nun wieder dem Passagier Leid, und er half den schneidigen Mann dadurch auch der Verlegenheit, daß er ihm Namen und Adresse mitteilte. Nun harret der Arme der Verurteilung. Oder sollte es anders kommen und der überreizte Beamte von oben seinen Müßel bekommen?

Glücksstatistik. Im Männerzähl des Berliner Asylvereins für Obdachlose nächstbitten im Monat August 21 128 Personen, im Frauenzähl 5090 Personen. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/59, für Frauen: Fäßlerstr. 5.

Die Schaukästen des Uhren- und Goldwarenhändlers Tomeghna, Brückenstr. 16, sind in der Nacht zu gestern binnen kurzer Zeit zum drittenmal zertrümmert und um ihren Inhalt beraubt worden. Der Wert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf etwa 200 Mark.

Ein neues Opfer der Straßenbahn. Der 17 Jahre alte Schlosserlehrling Ernst Wilde aus Adlershof, der in einer Werkstatt in der Meyerstraße arbeitete, wollte am Sonnabendnachmittag mit seinem Geschäftsfahrad von der Neuen Grünstraße in die Seidelstraße einbiegen, als diese entlang gerade ein elektrischer Wagen der Linie Schleißer Bahnhof-Neubrück gefahren kam. Unmittelbar vor dem Straßenbahnwagen kam der junge Mann auf dem etwas schlüpfrigen Pflaster mit dem Rad zu Fall und geriet unter die vordere Plattform. Bewußtlos unter dem Wagen hervorgezogen, wurde er mit einer Drohsche nach der Unfallstation in der Brüderstraße gebracht. Diese ließ den Verunglückten sogleich der Charité zuführen, da der Arzt einen schweren Schädelbruch feststellte. Im Krankenhaus erlag W. schon am selben Abend seiner Verletzung.

Das Schicksal der Volks-Krankenkasse „Fürsorge“. Der Polizeipräsident teilt mit, daß die „Fürsorge“, Volks-Krankenkasse, Eingetragene Hilfskasse Nr. 133, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 15, gegen die vor einiger Zeit Klage bei dem hiesigen Bezirksauschusse auf Schließung erhoben worden war, sich durch einstimmigen Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 4. September aufgelöst hat. Mit der Abwicklung der Geschäfte sind die Herren Major a. D. Hillmar Otzen, Schöneberg, Hauptstr. 137, und Kaufmann Wilhelm Joppf, Oranienaustr. 27, als Liquidatoren beauftragt worden. Alle Anträge und Gesuche sind an diese beiden Herren, deren Geschäftsraum sich NW. 6, Schiffbauerdamm 15 pt., befindet, und nicht an das Polizeipräsidium zu richten.

Vermisste Mädchen. Die 20 Jahre alte Lina Schnell, die seit dem 1. April d. J. bei dem Kaufmann Niquet in der Cranienstr. 107 Dienste, erhielt am Sonntag vor acht Tagen den Besuch ihres Bräutigams, der außerhalb Berlins wohnt, begleitete ihn bei der Abreise bis zum Stettiner Bahnhof, lebte aber nicht wieder nach Hause zurück. Der Bräutigam berichtet, daß er in Frieden von ihr getrennt sei, hat aber auch nichts mehr von ihr gehört. Die Vermisste ist 1,50 Meter groß, hat hellblondes Haar, blaue Augen, ein rundes Gesicht und eine kleine Nase und trägt eine blauweiße Bluse mit schwarzen Saumstreifen und einen schwarzen Rock. — Die noch nicht 17 Jahre alte Gertrud Bohngammel, die bei dem Kaufmann Gathmann in der Neuen Ansbacherstraße 8 seit vier Wochen in Stellung war, entfernte sich am Freitagmorgen kurz vor 6 Uhr aus der Wohnung und ist seitdem verschwunden. Aus einem Briefe, den sie hinterließ, geht hervor, daß sie sich das Leben nehmen wolle, weil sie erfahren habe, daß ihr Vesteher, ein 22jähriger Sächsischer aus Friedrichsberg, es mit einer andern halte. Das Mädchen ist mittelgroß und hellblond, hat blaue Augen und trägt eine weiße Bluse, einen schwarzen Rock, einen weißen Strohhut, ein Rosafarbband und rote Halbschuhe.

Das leidige Sprang! In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sprang am Bahnhof Prenzlauer Allee dicht hinter der Haltestelle ein Herr Hoffmann von dem Straßenbahnwagen Nr. 1542 und kam dabei zu Fall. Er scheint Verletzungen davongetragen zu haben und mußte durch einen Schuttmann nach der Unfallstation gebracht werden. Dasselbe geschah mit einer Frau, Quisen-User 3 wohnhaft, die am Sonntagabend an der Petrischke — wie jener Herr — trotz des ausdrücklichen Verbots des Schaffners vom Wagen sprang. Sie schlug mit dem Kopf auf das Trittbrett, kam aber noch gut davon, da auf der Unfallstation eine Verletzung nicht konstatiert werden konnte.

Abgestürzt ist am Sonnabend gegen 12 Uhr ein Zimmerlehrer von dem Neubau der Jrenanstraße in Buch. Der junge Mann wollte zum Dach hinausklettern, stieß ab und fiel, da die obere Balkenlage nur mangelhaft abgedeckt war, in die erste Etage; da aber hier noch nicht fertig gestellt war, durchschlug er einige Stufen und fiel bis ins Parterre. Nach dem Unfall wurde einer Wiederholung desselben durch eine Verbesserung der Stalung vorgebeugt.

Zwölftausend Mark eingebüßt hat, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, der Herausgeber und Redacteur des „Deutschen Kaufmann“ Robert Kusterly, an der Michaelstraße 1. Kusterly mußte vor längerer Zeit aus Gesundheitsrücksichten in ein Bad reisen und nahm seine Familie mit sich. Um eine möglichst zuverlässige Personlichkeit zu seiner geschäftlichen Vertretung in Berlin zurückzulassen, engagierte er einen jungen Menschen, der sich als einen Journalisten Löwe angab, und der ihm von mehreren Seiten warm empfohlen war. Als nun nach Verdingung der Kur Kusterly mit seiner Familie nach Berlin zurückkehrte, fand er in seinem Bureau den „Vertreter“ aber nicht mehr vor, sondern dieser hatte es vorgezogen, unter Annahme eines Barsumme von 12 000 M. sowie einiger wertvollen Schmuckstücken das Weite zu suchen. Alle mit Hilfe der Kriminalpolizei angestellten Ermittlungen blieben ohne Erfolg.

Strassenverengung. Die Chausseestraße von der Invaliden bis zur Hammerbrückenstraße wird behufs Verengung einer Gasrohrleitung vom 8. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe von Alarmierungen hatte die Wehr in der Zwischzeit zu verzeichnen. Montag früh gegen 3 Uhr wurde sie nach dem Görlitzer Güterbahnhof gerufen, wo ein schenngewordenes Pferd zwischen einen Eisenbahnwagen und eine Kampe geraten war. Das schwerverletzte Tier wurde in kurzer Zeit hervorgeholt. In der Nacht vom Montag war in der Rathenowerstr. 21 im vierten Stock in einer Küche durch Unachtsamkeit ein Brand entstanden, der Betten, Kleidungsstücke etc. ergriffen hatte. Die Klammern konnten indes bald erloscht werden. Sonntagmorgen um 5 Uhr hatten in dem Langlokal von Mündt, Köpenickerstr. 100, Garbinnen Feuer gefangen. Kurz darauf waren durch die Explosion einer Petroleumlampe Plan-User 21 Deden, Kleidungsstücke etc. in Brand geraten, deren Ablösung jedoch in kurzer Zeit erfolgen konnte. Gegen 6 Uhr hatte die Wehr fast gleichzeitig in der Melchiorstr. 3 und in der Polsterstraße 27 Schornsteinbrände zu beobachten. In der Köpenickerstraße 105/106 mußte in einer Padschue ein Feuer beseitigt werden, das Lumpen und Verpackungsmaterial ergriffen hatte. Nach dem Anhalter Güterbahnhof, sowie nach dem Görlitzer Güterbahnhof wurde die Wehr gerufen, weil dort sich Waggons mit Brechstößen von selbst entzündet hatten. Die Gefahr konnte in beiden Fällen bald beseitigt werden. In der Kochstraße 3 hatte Müll auf dem Hofe Feuer gefangen. Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch Feuermeldungen von der Breslauerstr. 18 und von der Anhalter-Kochstraße 109 ein, die jedoch beide auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Der Große Preis von Deutschland, welcher an den beiden Sonntagen vom 14. und 21. September auf der Adrennbahn Kurfürstendamm (am Bahnhof Charlottenburg) zur Entscheidung kommt, wird nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen sich zu einem Ereignis allerersten Ranges gestalten. Mit wenigen Ausnahmen werden alle erstklassigen Fahrer des Kontinents an dieser seit ihrem Bestehen stets gut besetzten Flieger-Konkurrenz teilnehmen; die größte Zahl der deutschen Fahrer, darunter Trend, Huber, Seidl, von Ausländern u. a. Vigio, Gros, Ferrari, Guiffon, Jue etc. sind bereits eingeschrieben, so daß dem Berliner Publikum, dem seit ca. 4 Monaten Flieger-Rennen nicht geboten wurden, außerordentlich scharfe Kämpfe in Aussicht stehen. Der diesjährige Große Preis von Deutschland darf in Anbetracht dessen, daß alle Fahrer augenblicklich auf der Höhe ihrer Form stehen, als das bedeutendste Rennen Europas der Saison 1902 bezeichnet werden.

Das Wilhelm-Theater. Martens Klub und Ballhaus in der Friedrichstr. 236, jenes alte Lokal, das unfern Lesern von so mancher Parteilichem her in Erinnerung ist, hat in der letzten Zeit recht fatale Wandlungen durchgemacht. Als voriges Jahr die Ueberbreit-Teuche im Schwange war, sollte auch an dieser Stelle irgend etwas Exzeptionistisches entstehen. Wenn wir nicht irren, kam eine Art Ueberbreit für Familienpublikum zum Vorschein, ein Unternehmen, das leider nicht zog, weil auch damals auf Ueberbreit und Familienglück kein rechter Reim gefunden werden konnte. Für den Rest des Winters war man dem auch bescheidener und beholf sich mit einem einfachen Varietés dritten Ranges.

Der Wechsel der Zeiten will es so, daß gegenwärtig die Ueberbreit viel niedriger im Kurs steht als voriges Jahr. Aus dieser Einsicht heraus und im übrigen vielleicht um einem tiefgefühlten Bedürfnisse abzuhelfen, nennt man das Haus seit Sonnabend Wilhelm-Theater und führt dort unter der Leitung eines Herrn Martin das Lustspiel „Ein toller Einfall“ auf. Diese etwas behäufte Schmaure von Laufs verläßt immer noch bei empfänglichen Gemütern. Selbst dann, wenn, wie bei der Eröffnungs-Vorstellung, nicht alles gleich am Schnürchen geht und die Fehlgänge dieser und jener Rolle zum Widerspruch anstachelt. So ging denn, wenigstens soweit das Publikum in Betracht kommt, am Sonnabend alles gemächlich und befallsfreundlich von statten. Und wer wirklich nicht befriedigt war, sei es aus Mangel oder aus Ueberfluß an dramatischem Verständnis, der hatte als Erlösung sein Bierstiel vor sich auf dem Tische stehen und konnte damit noch Herzenslust knattern. Auch winkle ihm noch beendigte Vorstellung ein Tanzkränzchen im Parkett. Mehr kann kein Mensch mit normaler Gemütsfreudigkeit für sein Geld verlangen.

Aus den Nachbarorten.

Gegen die Fleischhölle und gegen das Viehfuhr-Verbot hat gestern die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung einstimmig eine Resolution angenommen.

Das Schöneberger Krankenhausprojekt. Man schreibt uns aus Schöneberg: Die Angelegenheit der Erbauung unseres Krankenhaus, wofür von den städtischen Körperschaften schon längst die Prospektive und Mittel genehmigt sind, „schwebt“ noch immer beim Magistrat. Die Fügigkeit, mit der hier diese wichtige Frage behandelt wird, ist wirklich wunderbar. In welchem Umfange zu den Fortschritten stehen die hochwichtigen Darlegungen des Bürgermeisters Wilde vom Frühjahr vorigen Jahres! Bei jeder Gelegenheit wird auch jetzt noch auf die großen wichtigen Aufgaben, die der Kommune harren, hingewiesen, und wie legt sie besonders für das Krankenhaus das Stadtoberhaupt ins Zeug, als es sich um die Vertragsverlängerung der Englischen Badgesellschaft handelt. Mit den zu erwartenden Mehreträgen sollte in erster Reihe das Krankenhaus bebaut werden. Jedenfalls will man erst abwarten, ob nach dem Beginn des neuen Vertrags, der erst 1904 eintritt, auch wirklich der gestohnte Goldregen hinter den gehegten Erwartungen nicht zurückbleibt. Die gesamte Einwohnerschaft aber hat das größte Interesse daran, daß die Lösung dieser wichtigen Frage nicht weiterhin „verschleppt“ wird.

Schöneberg. Die Ausführung unserer Kanalisation, deren Erweiterung schon seit Jahr und Tag auf der Tagesordnung steht, stößt auf weitere Schwierigkeiten. Zwar hat sich Berlin bereit erklärt, in den Van des Rotauslasses nach dem Landwehrkanal zu wälzen, aber nur unter der Bedingung, daß Schöneberg die feste Zusicherung gibt, einen zweiten Rotauslass, der nicht durch Berliner Gebiet geht, zu bauen, wenn sich eine solche Anlage als notwendig erweist. Ein solcher Rotauslass könnte aber nur nach Charlottenburg oder nach dem Zeltower Kanal gelegt werden; in dem ersteren Falle müßte die Untergrundbahn gekreuzt werden, wozu die Aufsichtsbehörde die Genehmigung nicht erteilt. Dem Bau eines Auslasses nach dem Zeltower Kanal stehen außer technischen und finanziellen Schwierigkeiten auch noch andre Bedenken entgegen. Die Stadt Schöneberg hat sich nun neuerdings Berlin gegenüber bereit gefunden, statt des geforderten zweiten Rotauslasses in das Reg des nach dem Landwehrkanal zu führenden Auslasses zwei große Aufbalddecken einzufügen. Auf dieses Anerbieten hat sich Berlin noch nicht geäußert. Wegen der Bedingungen, unter denen ein Kanalisationsanschluß an Schöneberg erfolgen kann, hat sich übrigens kürzlich die Gemeinde Friedenau an den hiesigen Magistrat gewandt.

Der Zeltower Kreisauschuss hat kürzlich ein Urteil gefällt, das für weitere Kreise von Interesse sein dürfte. Bei der Gemeindevahl im März dieses Jahres war in Schmaragenborf ein Angeessener zu wählen. Die Wählerpartei hatte als solchen den Mechaniker F. aufgestellt, der selber kein Haus besitzt, dessen Frau aber Hauseigentümerin ist. F. vereinigte auf sich die meisten Stimmen. Nach beendeter Stimmzählung erklärte der Wahlvorsteher, ohne sich mit den beiden Beisitzern im Wahlvorstande zu verständigen, die auf F. gefallenen Stimmen für ungültig, da F. nicht Angeessener sei; der Vorsteher proklamirte dann den am stärksten Kandidaten als gewählt. Auf die Klage des F. erklärte der Kreisauschuss infolge des „ungültigen“ Verfahrens des Gemeindevorsteher die Wahl für ungültig. Das Urteil führt begründend aus, daß alle Einzelakte einer Wahlhandlung nur vor dem und von dem Wahlvorstand in seiner Gesamtheit als Kollegium vorgenommen werden dürfen. Auch darf der Einzelne Entscheidungen ohne Hinzuziehung der andern Mitglieder des Kollegiums oder gar gegen deren Willen nicht treffen. Jeder Verstoß hiergegen muß als ein wesentlicher, unter Umständen den ganzen Wahlakt ungültig machender Mangel bezeichnet werden. Dem nimmt der Einzelne einen der Gesamtheit zustehenden Akt vor, so kann die rechtliche Wirkung dieses Aktes nicht anders beurteilt werden, als wenn der Akt von einem nicht ordnungsmäßig und nicht vollbesehten Wahlvorstand vorgenommen wird. Die Wahl kann dann nicht für gültig erachtet werden, wenn durch den unrechtmäßig vorgenommenen Akt das Ergebnis der Wahl hat beeinflusst werden können. Das ist im vorliegenden Fall zweifellos anzunehmen.

Daraus werden die Parteigenossen die Ruyangwendung zu ziehen wissen, wenn ein Wahlvorsteher die eventuell in den Wahlvorstand gewählten sozialdemokratischen Beisitzer ignoriert. Der Kreisauschuss bestätigte ferner, gestützt auf eine Oberverwaltungsgerichts-Entscheidung vom 26. April 1901 (Wd. 40

§. 169 ff), die Wählbarkeit des §. als Angehessenen im Sinne der Landgemeinde-Ordnung. In diesem Urteil heißt es: „Durch den §. 50, Abs. 3 Satz 2 der Landgemeinde-Ordnung sind neben den Stimmberechtigten selbst die nach §. 46 zur Stellvertretung berechtigten Personen für wählbar erklärt. Zur Stellvertretung berechtigt sind nach §. 46 der Vater, der Stiefvater, der Vormund (N), der Ehegatte, sowie die verfassungsmäßigen Organe der juristischen Personen.“ Weiter wird betont, daß die eben genannten gesetzlichen Vertreter eines nicht wählbaren Angehessenen eine Gewähr bieten für das dauernde Zusammenfallen ihrer Interessen mit denen des Angehessenen und somit durch das Gesetz zur Vertretung nicht wählbarer Angehessener zugelassen sind. Es ergibt sich somit, daß die gesetzlichen Vertreter von Angehessenen bei der Zusammenfassung der Gemeindevertretung als Angehessene gelten.

Gegen dieses durchaus klare und, sollen Gesetz und Entscheidungen des höchsten Gerichts Sinn und Bestand haben, unabänderliche Urteil hat der Gemeindevorsteher Berufung erhoben. Erreicht wird dadurch nur die Verschleppung einer ungern geheißenen Rechtswahl. Solchem Verhalten gegenüber scheint die geschädigte Partei und die Gesamtwahlerschaft machtlos zu sein.

Friedenau. 17 000 Mark jährliches Einkommen und doch zahlungsunfähig! Mit zwei Musterexemplaren derjenigen Klasse von „Untertanen“, welche nach der Landgemeinde-Ordnung in besonderer Weise geeignet sind, die Interessen der Gemeinde zu wahren, beschäftigte sich die letzte Gemeindevertretersitzung. Der Rentenanw. d. L. Willy v. Lepel in Wilmsdorf hat von dem Töpfermeister Heise in Schöneberg ein in unserm Orte belegenes Grundstück erworben, die Umschreibung im Betrage von 1070 M. jedoch nicht gezahlt; ein Pfändungsversuch war fruchtlos. Auch der als Vorbesitzer in Anspruch genommene Heise ist nach einer Auskunft des Magistrats zu Schöneberg zahlungsunfähig, trotzdem er mit 16 500—17 500 M. Einkommen zur Steuer veranlagt ist. Beneidenswerte Hausbesitzer! Die Veranlagung lehnte den Antrag des Gemeindevorstandes auf Wiedererschlagung der 1070 M. ab und beschloß, den böswilligen Schuldner Heise den Konfiskationsseid leisten zu lassen.

Unser Mitspracher Professor Vital Schmitt hat sich erboten, die zwei Kängarüs der Gula inses neuen Gymnasiums mit Monumentalgemälden zu schmücken. Das geforderte Honorar von 8000 M. wurde bewilligt.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung zu Spandau kamen die zwischen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten seit langer Zeit bestehenden Differenzen in Bezug auf die Befugung der Kommissionen und Ausschüsse wiederum scharf zum Ausdruck. Unsere von den Gegnern für zwei Kommissionen vorgeschlagenen Genossen Pieper u. Haller lehnten ihrerseits die Wahl ab und brachten unsere Genossen Rieger — von dem unsere Gegner bekanntlich nichts wissen wollen — in Vorschlag. Die demnach notwendig gewordene zeitraubende Festsitzung ergab natürlich die Annahme der gegnerischen Vorschläge, mit der Ausnahme, daß an Stelle der vorgeschlagenen beiden Sozialdemokraten der Stadt. Lübecke (sonst.) gewählt wurde. Indem so die Sozialdemokraten auf ihre Vertretung in den Kommissionen zu verzichten, so lange einer von ihnen durch die Gegner grundlos „halt gestellt“ ist, überlassen sich die bürgerlichen Herren selbst demachen mit Kämtern und Wärdern, daß sie sich schließlich dazu bequemen müssen, verständlich zu werden. In der That führten denn auch bereits in der letzten Sitzung die Stadtverordneten Sturm, Schreier und Wender bittere Klagen über Ueberbürdung, unglückliche Ansetzung der Sitzungen, äußerst schwachen Besuch derselben usw. Ersterer drohte sogar mit der Beschwerde, wenn die Sitzungen zukünftig nicht auf eine passendere Tageszeit verlegt werden würden. Zusammenkünfte von der allgrößten Wichtigkeit, wie z. B. der Entfestigungs-Kommission seien nur deshalb kaum besucht worden. Unser Genosse Scholz antwortete hierauf prompt, daß dies ja nicht anders sein könnte, wenn die Sozialdemokraten aus den Kommissionen hinausgedrängt werden und dem einzelnen bürgerlichen Stadtverordneten bis zu 20 Kämtern aufgeschult werden! — Es kommt aber noch besser! —

Ein schreckliches Unglück trug sich am Sonnabendnachmittag um 6 1/2 Uhr in der Schillerstraße 94 in Charlottenburg zu. Die Frau des Kartoffelkutschers Glawe, der hier im ersten Stock wohnt, mußte auf kurze Zeit ausgeben und ließ ihre fünf Kinder in der Wohnung zurück. Die Kleinen unterhielten sich nun damit, daß sie Kartoffeln zum Fenster hinauswarfen. Dabei setzte sich ein 9/10 Jahre alter Sohn Willy in die Fensteröffnung, während sich seine 9jährige Schwester Frida auf das Blumenbrett hinauslehnte. Auf diesem hatte vormittags Frau Glawe beim Fensterputzen gestanden. Unter ihrem Gewicht mußte sich wohl eine Kramme, die ohnehin für ihren Zweck zu kurz war, gelockert haben. Die Kramme gab nun plötzlich nach, und die beiden Kinder stürzten mit dem Blumenbrett kopfüber auf das Pflaster hinab, wo sie bewußtlos liegen blieben. Nachbarn holten einen Arzt, der bei dem Knaben einen Schädel- und Kniebruch und bei dem Mädchen, das glatt auf den Leib gefallen war, schwere innere Verletzungen feststellte und beide nach dem Charlottenburger Krankenhaus bringen ließ. Dort liegen sie hoffnungslos danieder.

Gerichts-Zeitung.

Die Lage der Wäffelteller wurde durch eine Verhandlung illustriert, die gestern vor der ersten Richtertraktanten am Landgericht II stattfand. Der Wäffelteller Karl Schwarz aus Berlin war vom Schöffengericht am Amtsgericht II wegen Unterschlagung und Diebstahls zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden und hatte dagegen Berufung eingelegt. Der erste Richter hatte für festgesetzt erachtet, daß der Angeklagte von dem Wäffelteller F. Peters in Himmelsburg, Kant- und Schillerstraßen-Ecke, am 8. Januar d. J. als Wäffelteller engagiert worden war. Er erhielt keinen Lohn, wohl aber von jeder verpackten Tonne Bier fünf Mark und von Wein und Spirituosen eine Lantime. Am 10. März wurde der Angeklagte plötzlich wegen Untreue entlassen. Bei seinem Abgange soll er noch drei Flaschen Wein gestohlen haben. Daraufhin wurde er verurteilt. Vor der Berufungssitzung führte der Angeklagte aus, daß er völlig unschuldig, trotzdem aber dreimal bestraft worden sei. Zunächst habe er vom ersten Tage an kein Gehalt und keine Lantime bekommen. Vor Eintritt seiner Stellung habe er 400 M. Kautionszahlungen müssen. Damit seien seine Mittel erschöpft gewesen. Schließlich habe er am 10. März aus der Kasse 15 M. an sich genommen, aber nicht heimlich, er habe vielmehr dem Keller gesagt, er müsse sich Geld aus der Kasse nehmen, denn er müsse doch schließlich einmal einen Pfennig Geld in die Hände kriegen. Er habe freilich nicht gewußt, daß der Keller vom Wirt beauftragt war, ihn zu beobachten und zu kontrollieren. Was den Wein anbetreffe, so habe er damit folgende Bewandnis: Ihm seien alle im Keller vorhandenen Weine und Spirituosen übergeben worden. Im Keller hätten auch drei Flaschen Wein gelegen, die dem Vorbesitzer des Lokals gehörten. Er habe von diesen drei Flaschen drei Flaschen Wein abgezogen und ins Wäffelteller gestellt. Als er erfahren habe, daß der Wein dem Vorbesitzer gehörte, habe er die Flaschen zurückgestellt und bei seinem Abgange mit in sein Zimmer genommen, um sie dem Eigentümer zurückzugeben. Nun habe er 400 M. Kautionszahlungen gestellt, 170 M. habe er Lohn zu fordern; beide Summen habe er eingeklagt und der Wirt sei zur Zahlung verurteilt worden. Die Exekution sei aber fruchtlos ausgefallen und da er nun obendrein bestraft worden sei, so sei er dreifach bestraft. Der Keller mußte als Zeuge zugeben, daß ihm der Angeklagte gesagt habe, er müsse sich Geld aus der Kasse nehmen, weil er sonst leins triege. Er sei beauftragt gewesen, den Wäffelteller zu kontrollieren und da habe er festgestellt, daß der Wäffelteller die 15 M. mehr eingenommen habe, als wie an dem betreffenden Tage bei der Abrechnung fehlten. Kassier Peters gab an, daß er im ersten Monat keine Lantime gezahlt habe, weil er 25 Mark

an den Kommissionär zahlen mußte und weil die Kautions 500 Mark betragen sollte. Da der Angeklagte nur 400 M. gehabt habe, habe er auf diese Weise die Kautions verworfen. Im zweiten Monat habe er das Gehalt erhalten, weil der Kassenbestand stets geringer gewesen sei, als wie es nach früheren Verhältnissen hätte sein müssen und das habe ihn auf den Gedanken gebracht, daß der Wäffelteller ihn überdies und dafür habe er sich schuldig halten wollen. — Vorsitzender: Aber das ist doch gar nicht auffällig! Der eine Wäffelteller schneidet mehr, der andere ist ehrlicher und schneidet weniger! — Staatsanwalt: Warum behielten Sie denn das Gehalt ein? Sie hätten doch die Kautions in Händen? — Zeuge: Die Kautions sollte doch voll bleiben? — Staatsanwalt: Wo haben Sie denn nun die Kautions? — Zeuge: Ich habe die Kautions einfach in Ihrem Interesse veräußert! — Zeuge schweigt. — Staatsanwalt: Ich werde den Fall im Auge behalten und wir werden uns an dieser Stelle wieder sehen! Was so viel heißt, als daß der Zeuge eine Anklage wegen Kautionsunterschlagung zu gewärtigen hat. Nach dem Antrage des Staatsanwalts wurde der Angeklagte freigesprochen, weil im ersten Fall die rechts-widrige Aneignung und im zweiten Fall die Ablicht der rechts-widrigen Zueignung fehlte.

Veranstaltungen.

Die Bauarbeiter beschäftigten sich in ihrer letzten Versammlung mit dem gegenwärtigen Stand ihrer Lohnbewegung. Zunächst verlas Böttcher die Abrechnung vom verfloßenen Halbjahr. Danach betrug die Einnahme inkl. Kassenbestand 86 418,07 M., die Ausgabe 80 458,82 M., so daß ein Bestand von 56 259,75 M. verbleibt. Unter den Ausgaben sind folgende Posten hervorzuheben: Für Streiks, Bausperren und Maßregelungen 13 943,20 M., für Unterhaltung der Mal-Ausgeperrten 8834,80 M., zum Central-Streikfonds gezahlt 5000 M. — Sodann ging Heiremann auf einen Artikel des Unternehmerorgans, der „Vaugewerks-Zeitung“ ein, in welchem die Lohnbewegung der Bauarbeiter als „im Sande verlaufen“ bezeichnet wird. Hieran anknüpfend legte er das Resultat der Ende August vorgenommenen Baukontrolle vor, die ein gutes statistisches Material geliefert hat und die Behauptungen des Unternehmerblattes schlagend widerlegt. Es wurden insgesamt 948 Bauten kontrolliert. Die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter beträgt 7584. Von diesen gehören 5887 der Organisation an, während 1727 derselben noch fernsteht. Es arbeiten 1798 Mann in Accord (443 bei Bayern, 87 bei Thüringen) und 5261 in Lohn. Die Accordarbeiter arbeiten zu denselben Tariffätzen wie im Vorjahre. Von den Töpferträgern arbeiten 67 zu den neuen Tariffätzen und 20 in Wochen- oder Stundenlohn, der zwischen 21 bis 36 M., bezw. 30 und 60 Pf. schwankt. Die Pufferträger erhielten bisher 7 M. pro Tag; sie waren in den Accord der Puffer mit einbezogen und bekamen von letzteren auch ihren Lohn. Ihre Forderung in diesem Jahre war: 7,50 M. Tagelohn und Lohnzahlung nicht von den Bayern, sondern vom Meister. Die geforderten 7,50 M. erhalten 378 Arbeiter, die übrigen 65 dagegen arbeiten zum größten Teil für 7 M.; 380 Arbeiter werden vom Meister entlohnt, 83 von den Bayern. — Was nun die Lohnarbeiter anbetrifft, so ist wohl in keinem Beruf ein so großer Unterschied in den Löhnen zu finden wie hier. Es erhalten 5803 Arbeiter einen Stundenlohn von 45 bis zu 85 Pf., dagegen bleiben 1781 Arbeiter, also ungefähr so viele, wie nicht organisiert sind, unter dem geforderten Minimallohn von 45 Pf. Die Zahl derer, die den erstrebten Minimallohn erhalten, hat sich gegenüber dem Vorjahre verdreifacht; gewiß ein befriedigendes Resultat. Auch betrefft der Arbeitszeit ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Nur auf 4 Bauten wurde länger als 10 Stunden gearbeitet; dagegen haben 4823 Arbeiter die 10stündige, 1232 die 9 1/2stündige und 1467 die 8stündige Arbeitszeit. Alles in allem betrachtet, hat der während dieses Sommers geführte gewerkschaftliche Kleinkrieg eine gute Wirkung gehabt, die angewendeten Opfer sind nicht vergeblich gebracht worden; deshalb liegt auch kein Grund vor, die bisherige Kampfstrategie zu ändern.

Bei dieser Baukontrolle, die für die Controleure mehrfach mit großen Widerwärtigkeiten verbunden war, such man auf etwas, was man hier in Berlin einfach für eine Unmöglichkeit halten sollte. Nämlich, es gibt auch hier Frauen als Bauarbeiter. Und zwar ist es die Firma Streubel Nachfolger, die am Neubau des Stettiner Bahnhofs vier und bei der neuen Charité zwei Frauen zu einem Stundenlohn von 30 Pf. bei der Bauarbeit beschäftigt. Wie nachteilig gerade diese schwere Arbeit auf den Organismus der Frau wirkt und welche Gefahren darin liegen, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden.

Centralverband der Maurer. In der Mitgliederversammlung der Section der Puffer, welche am 3. September tagte, gab der Bevollmächtigte den Situationsbericht, wobei es sich hauptsächlich um die Löhnerfrage handelte. Er gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß immer noch ein Teil der Kollegen, welche bei sogenannten Bauwebern arbeiten, dieser Frage indifferent gegenüberstehen, auch haben es einzelne Mitglieder nicht unterlassen können, auf spezialisierten Bauten die Arbeit aufzunehmen. Gegen dieselben beantragte die örtliche Verwaltung den Ausschluss. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner scharf gegen das gegenwärtige Verhalten solcher Kollegen aus. Nachdem erfolgte der Ausschluß der Mitglieder H. Kurymann, J. Fechner und J. Töns nach §. 18a des Verbandsstatuts.

Der Konflikt im Schlächtergewerbe zwischen Innung und Gesellenauschuss beschäftigte eine am 3. September abgehaltene Schlächtergesellen-Versammlung. Es handelt sich um die von den Innungsführern geübte Beschränkung der gesetzlich gewährleisteten Rechte des Gesellenauschusses. Letzteren haben die Innungsmeister fast vollständig ignoriert und ihn auch von den für sie wichtigsten Sitzungen ferngehalten. Sie haben es sogar fertig gebracht, den Gesellenauschuss zu übergeben bei der Forderung von Beschlüssen über den Stellenwechsel, die Stellenvermittlung und die Einsetzung eines neuen Spremeisters, trotzdem die Gesellen für diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Innung die ganzen Kosten aufbringen müssen. Die Innung vermittelt bekanntlich nur Stellen gegen eine Gebühr von 1—3 M. pro Person, und diese Sätze läßt sie sich nicht etwa von den Meistern, sondern von den Gesellen bezahlen. Auch im Gesellenhause, Gastwirtschaft und Herberge, hält diese Meisterherrschaft auf. Zur Ueberwachung dieser Einrichtungen ist nun ein Herbergs- und Stellenvermittlungsausschuss vorhanden, der aus Meistern und Gesellen besteht. Die Gesellen haben sich jedoch früher sehr wenig um die Veraufsichtigung dieser „Wohlfahrts-Einrichtungen“ gekümmert, sie haben vielmehr die Herren Meister schalten und walten lassen, wie das ihnen beliebte. Neuerdings ist die Sache aber anders geworden. Einzelne Personen haben da regelmäßig inspiert, damit nicht Bevorzugungen und Beschränkungen Platz greifen konnten, die bekanntlich in der Stellenvermittlung im Fleischergewerbe allgemein üblich sind. Der Allgeresse glaubte bemerkt zu haben, daß die Arbeit nicht der Reinsfolg nach, wie das vorgeschrieben steht, sondern nach Kunst vermittelt wird. Deshalb verlangte er vom provisorisch eingesetzten Spremeister, daß die schon längere Zeit Arbeitslosen zuerst in Arbeit gesetzt werden. Ferner forderte er, daß auf der zum Bureau führenden Treppe Licht brennen soll, damit da keine Rogeleien betrieben werden können. Das Resultat dieser Vertretung berechtigter Wünsche der Gesellen war ein scharfer Wortstreit zwischen dem Gesellen und einigen gerade anwesenden Meistern, der dazu führte, daß dem Ausschussmitglied das Betreten des Gesellenhauses der Fleischer-Innung, Mühlstr. 3, ein für allemal verboten wurde. Später geschah dies auch durch eingeschriebenen Brief des Innungsvorstandes und zwar, weil er in der Herberge aufreizende Reden gehalten haben soll.

Alle diese Konflikte wurden in der Fleischer-Gesellen-Versammlung geschildert und dann nach eingehender Diskussion beschlossen, den Gesellenauschuss zu beauftragen, gegen dieses Vorgehen der

Innung Protest bei der Aufsichtsbehörde zu erheben, eine allgemeine von allen Gesellenorganisationen zu besuchende Protestversammlung einzuberufen sowie die Vorkotierung der Innungsherberge und Arbeitsvermittlung in die Wege zu leiten. Außerdem wurde mitgeteilt, daß wegen der Uebergebung des Gesellenauschusses bei wichtigen Innungsbeschlüssen Beschwerde beim Regierungspräsidenten eingereicht und dort auch gegen die Einsetzung des neuen Spremeisters protestiert worden sei.

Der Centralverband der Konditoren beschäftigte sich in seiner Mitgliederversammlung am 3. September mit der Entlassung eines bei der Firma Gebr. Wächter beschäftigt gewesenen Kollegen. Schon seit Ueberführung des Betriebes in eine Aktiengesellschaft war von dort beschäftigten Konditoren lebhafteste Klage besonders über das Mittagessen geführt worden. Die Unzufriedenheit wurde so groß, daß von Seiten der Organisation der Sachverhalt der leitenden Stelle, Herrn August Wächter, schriftlich vorgetragen und um Abhilfe gebeten wurde. Statt Antwort trat aber nur eine weitere Verschlechterung und zwar insofern ein, als nunmehr auch die Abendmahlzeiten in der Quantität herabgesetzt wurden. Da auch die Bäcker und Schläcker, überhaupt das gesamte Personal des sogenannten inneren Betriebes, unter demselben Mißstand zu leiden hat, ersuchten nunmehr diese drei Organisationen gemeinsam Herrn August Wächter um Gelegenheit zur Aussprache, wurden aber gleichfalls keiner Antwort gewürdigt. Dagegen erfolgte die sofortige Entlassung eines Konditoren, welcher öfter im Betriebe seine Unzufriedenheit mit dieser eigentümlichen Verpflegungsmethode zu erkennen gegeben hatte. In gleicher Zeit legten auch noch vier Radfahrer, welche nach den Quellen des Transport haben, die Arbeit nieder.

Vermishtes.

Die Beerdigung als Lustbarkeit. Die Polizei in Lüneburg erteilt die Genehmigung zu einem Leichenzug in dieser Form: Genehmigung zur Veranstellung einer Lustbarkeit.

Dem Gesangsverein Wiederhain wird hiermit die Erlaubnis erteilt, sich mit der Vereinsfahne am Freitag, den 5. d. M., nachm. 5 Uhr, an der Beerdigung seines früheren Dirigenten, des Musikers Edert, von dem Sterbehause nach dem Central-Friedhofe zu beteiligen.

Ein gemeinschaftlicher Hinmarch zum Sterbehause ist nicht gestattet. Auch der Rückweg vom Friedhofe darf nicht in geschlossenem Zuge erfolgen.

Lüneburg, den 5. September 1902. Die Polizeidirektion.

Ueber einen „Fall Humbert“ in Dresden berichtet die dortige „Morgenzeitung“: Eine Schwindlerin, die nach dem Muster der Familie Humbert „gearbeitet“ zu haben scheint, ist durch die Kriminalpolizei in der verwitweten Postsekretärin Anna Gottschling verhaftet worden. Sie wohnte Tiergartenstraße 47a, elegant eingerichtet, und verstand es, sich nach vielen Tausenden zählende Geldsummen zu erschwindeln, fast stets unter der Vorpiegelung, in Italien eine Erbschaft in Höhe von 400 000 bis 600 000 Mark in Aussicht zu haben. Und merkwürdigerweise gelang es ihr immer, unter Hinweis auf die Erbschaft in fast allen Ständen Personen zu finden, die ihr Geld zu Tausenden liehen. Die Summen bewegten sich von wenigen hundert Mark an, bis zu einer Summe von 200 100 Kronen und 18 000 M., die ein Karlsbad Hotelbesitzer hergegeben hat. Zur Verhütung der Hauptgläubiger führte sie auch nach Italien und landte von dort Briefe mit der Nachricht, daß die Erbschaft in kurzem fällig sei. Ferner erschwand sie sich Geldsummen dadurch, daß sie die Vorpiegelung machte, von dem Hotelier in Karlsbad Jinsen in höherem Betrag zu erhalten. Zur Erlangung von höheren Geldsummen hat sie auch ihr Mobilien an kleine Handwerker und Händler versetzt in gleicher Weise verpfändet, ihre Einkäufe jedoch immer vor bezahlt. Es hat aber auch den Anschein, als ob sie Gold- und Wertgegenstände unter schwindelhaften Vorpiegelungen, möglicherweise aber auf andre Art erlangt hat.

Der Fall ist ja interessant genug, aber eine lumpige Birtel-mission hat sich schon manches Puppenthe auf die erwähnte Weise zusammengeschwindelt.

Ein neuer Ausbruch der Soufrière. Ein Telegramm aus Ringstowen (St. Vincent) berichtet: Ein Ausbruch der Soufrière, welcher immer heftiger wurde, begann in der Nacht vom 2. September. Der Gouverneur forderte die Einwohner von Georgetown, Chateau Delair und anderer Dörfer und Ödter im Norden auf, ihre Wohnsitze zu verlassen. Ein neuer schrecklicher Ausbruch trat am 3. September um 9 Uhr abends ein und dauerte bis 5 Uhr morgens, die ganze Insel in eine mit Elektrizität geladene Rauchwolke hüllend. Ein Kommissar wurde zu Schiff entsandt, um die Ausdehnung der Zerstörung und die Zahl der Opfer festzustellen. Dieser berichtete nach seiner Rückkehr, er habe Chateau Delair wohlbehalten gefunden. Fitz Hughes' Estate hat sehr gelitten. Die Einwohner verlassen den Bezirk. Menschenleben seien nicht verloren gegangen. Georgetown sei ebenfalls wohlbehalten. Der Ausbruch des Vulkan dauere noch immer fort. Das Schicksal der karibischen Inseln scheint besiegelt zu sein. Der letzte Ausbruch habe länger gedauert und sei heftiger gewesen, als der Ausbruch im Mai.

Brandkatastrophe. Die „Frankf. Zig.“ meldet unterm 6. d. M. aus Konstantinopel: Der Brand von Akum-Karabissar bedeutet eine ungeheure Katastrophe. Abgebrannt sind 1149 Häuser, fünf Moscheen und zwei Kirchen, 8000 Bewohner sind obdachlos. Der Sultan entsandte mehrere Adjutanten, die den Abgebrannten in der ersten Not Hilfe gewähren sollen.

Explosionskatastrophe in Amerika. Nach einer Meldung aus New York hat in dem New York-Woisoner Pulvermagazin der Regierung eine Explosion stattgefunden, bei der viele Personen getötet sein sollen.

Briefkasten der Redaktion.

W. B. 93. Der ordentliche Tagelohn für Berlin beträgt 2 M. 90 Pf. **W. B. 1902.** Der „Freidenker“, Friedrichshagen, Redaktion Dr. Bruno Wille.

G. W. 19. Wenden Sie sich an H. Reif, Georgenkirchstr. 22 III. **H. D. Velden.** Dresden zählte 395 300 und Leipzig 453 100 Einwohner.

H. G. Königberg. Verschiedene Nachfragen in Ihrer Angelegenheit haben leider zu keinem Resultat geführt. Weder ist und erlaube ich, daß unter Vant eine Berichtüberhandlung des von Ihnen erwähnten Inhalts veröffentlicht hat, noch haben Entschuldigungen in den Vororten Berlins, die etwa in Betracht kommen können, ein Ergebnis gehabt.

W. L. Gschl. Wir haben die Annoncenverzeichnis; von allen Annoncenverzeichnissen ausführlich zu berichten, gestattet unser Raum nicht. **Radnabst 12.** Würtlich: Rein Ueblich noch immer.

Kreuz. G. L. wohnt: Palenke, Georg Willestr. 23. **Wolff Wettkunde 1000.** Die Hypothekendank sagt nicht danach, ob der Besondere wegen Körperverletzung bestraft ist; für sie handelt es sich nur darum, was das Grundstück wert ist.

J. W. Eine solche Eingabe wäre zwecklos. Wollen Sie jedoch einen Versuch machen, so richten Sie Ihre Eingabe an die Annoncenvermittlungsbüro, Breitestr. 24a. — **W. B. 60.** 1. Jemoch: die Bekanderte ist an das Amtsgericht zu richten und wird vom Landgericht entschieden. 2. Reht. 3. Erwa 10 bis 20 M. 4. Reht. — **Miersdorf 8.** 1. §. 139 a der Gewerbe-Ordnung-Novelle vom 30. Juni 1900 schreibt vor, daß offene Verkaufsstellen von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Er läßt Ausnahmen, darunter die von Ihnen wohl gemeinte, zu: über 9 Uhr abends, aber nicht über 10 Uhr abends an öffentlichen 40 von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Tagen geöffnet zu lassen. 2. Das ist durch die Entscheidung. 3. Einen Nachtrag gibt es nicht. — **W. G. 57.** Ihr Vater möchte die Erben seines Schuldners auf Einwilligung in Veräußerung der Hypothek decken. — **Kalk a. W.** Im ersten Nachtrag zum Arbeiterrecht §. 82 und in den alljährlich erscheinenden Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften finden Sie die Zahlen. — **W. P.** Der Wirt: Wante am 1. Oktober auf Ihre Kosten öffnen lassen.

Briefkasten der Expedition.

August Jänke. Unsere Zeitung erscheint nur des Morgens. **Verlag von Max Bading in Berlin.**